

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u.
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
3 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- Mk. Expedition und Druck von
304 van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 66.
22222222 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 21.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 25. Mai 1907.

Fernsprech-Nummer 4423.

9. Jahrgang.

Die Gewerbeaufsicht in Preußen.

Die beiden größten Bundesstaaten, Preußen und Bayern, sind in diesem Jahre die ersten, welche ihre Gewerbeinspektionsberichte der Öffentlichkeit übergeben. Die „Jahresberichte der königlich preussischen Regierung“ und „Gewerbeberichte“ fallen für das Jahr 1906 das nahezu übereinstimmende Urteil, daß unsere Industrie sich mit ganz geringen Ausnahmen in fortwährend günstigen Verhältnissen befindet, daß die Arbeiter allenthalben Beschäftigung hatten, ja, daß vielfach sogar ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen war. Von Seiten der Arbeiter wurde diese günstige Lage nicht bloß zur Erreichung von Lohnsteigerungen, sondern auch anderweitiger günstiger Arbeitsbedingungen sowohl auf dem Wege der Anträge, wie auf dem der Tarifabschlüsse benutzt, und was der Bericht für Preußen sagt, gilt nahezu allgemein: „Das Jahr 1906 stand im Zeichen der Ausstände, die sich zum Teil auf Verkürzung der Arbeitszeit richteten.“ Trotzdem hat sich die Lage der Arbeiter nicht wesentlich gebessert, weil die Lohnsteigerungen zumeist durch die erhebliche Steigerung der Preise fast aller Lebensmittel ausgeglichen wurden. In den meisten Berichten wird in der einen oder anderen Form das gesagt, was der Bericht für Düsseldorf in den Worten ausdrückt: „Zu bedauern bleibt, daß die Teuerung fast sämtlicher Lebensmittel die Arbeiterbeschaftigung nicht zum vollen Genuß der erzielten Lohnsteigerung hat kommen lassen.“

Die Zahl der Revisionen von Fabriken und ihnen angelegte gleichgestellten Anlagen stieg von 131 505 im Vorjahre auf 140 845 im Berichtsjahre, also um 9340, während gleichzeitig die Zahl der überhaupt vorhandenen Fabriken um 5546, von 129 823 auf 135 369, sich vermehrte, davon wurden im Jahre 1906 64 352 (49,6 Prozent), im Jahre 1905 67 278 (49,7 Prozent), also nahezu die Hälfte revidiert. Das mag leicht gering erscheinen, ist es aber keineswegs; denn es waren in diesen Fabriken 1906 2 318 161 (81,7 Prozent), 1905 2 462 160 (82,5 Prozent) aller überhaupt vorhandenen Arbeiter beschäftigt, so daß sich die Revisionen zwar nur auf die Hälfte aller vorhandenen Betriebe, aber auf mehr als vier Fünftel der vorhandenen Arbeiter erstreckten.

Die Arbeiterzahl ging von 2 838 925 Arbeitern aller Gattungen auf 2 986 173, d. h. um 147 248 in die Höhe. Davon waren erwachsene männliche Arbeiter 1 905 2124 960, 1906 2 228 613, sodaß von dem Zuwachs 103 653, mehr als zwei Drittel auf diese wirtschaftlich wichtigste Arbeiterkategorie kommen. Die Zahl der Arbeiterinnen stieg von 509 962 auf 538 310, um 28 348, die der jungen Leute beiderlei Geschlechts von 14—16 Jahren von 201 851 auf 216 904, um 15 053, die der Kinder unter 14 Jahren fiel von 2352 auf 2346, also um sechs. Dabei wollen wir eine Bemerkung einschalten, die der Schleswiger Aufsichtsbekanntmachung macht. Er bemerkt, daß die Zahl der jungen Leute nicht groß sei und auch nicht stark zunehme in seinem Bezirk, und er bringt das durchaus zutreffend mit dem Umstande zusammen, daß es in Schleswig-Holstein Sitte sei, die Kinder nicht vor dem vollendeten 15. Lebensjahre einzusetzen.

In Zahl der Fabriken wie an Zahl der Arbeiter steht allen Bezirken der preussischen Monarchie voran der Regierungsbezirk Düsseldorf. Er hatte 1906 16 825 Betriebe mit 440 402 Arbeitern, davon 336 508 erwachsene männliche Arbeiter bei 37 189 jungen Leuten, 493 Kindern und nur 66 142 Arbeiterinnen. Nächst Düsseldorf rangiert der Landespolsbezirk Berlin, zu dem, wie man weiß, auch die großen und kleinen Vororte gehören. Hier sind 311 915 Arbeiter überhaupt tätig, davon kommen aber nur 194 973 auf die erwachsenen männlichen, während 98 239 Arbeiterinnen, 18 635 junge Leute und 68 Kinder tätig waren. Dies starke Mißverhältnis, in dem in Groß-Berlin die Frauen- zur Männerarbeit steht, wird noch krasser als durch Düsseldorf durch die Verhältnisse des drittgrößten preussischen Industriebezirks, das ist das gewerblichste Arnberg, beleuchtet. Arnberg hatte 1906 überhaupt 217 867 Arbeiter. Davon waren aber 185 101 erwachsene männliche Arbeiter, also nicht viel weniger als in Groß-Berlin, dagegen nur 13 482 Arbeiterinnen, aber 19 168 junge Leute und 116 Kinder. Man muß sagen, daß hier die Verhältnisse im ganzen preussischen Staate mit am gesundesten sind. Allerdings haben die Arbeitsformen darauf einen gewissen Einfluß, vor allem aber die Landesitte. Die Frauenarbeit macht in Arnberg nicht viel mehr als ein Fünftel der Männerarbeit aus. Wo der Märker Eien recht, sind Frauen auch schlecht zu gebrauchen, wo er wie in Münster und Minden Baumwolle spinnet, liegen die Dinge gleich anders. Hier wirkt auch die Landesitte nicht zur Geringe beschränkend ein. In Minden kommen auf 61 824 Arbeiter insgesamt, junge Leute und Kinder weiblichen Geschlechtes eingerechnet, 16 102 Arbeiterinnen, in Münster auf 53 618 deren 13 479. In Arnberg macht die Frauenarbeit nicht viel mehr als ein Fünftel der Männerarbeit aus, in Minden mehr als ein Drittel, in Münster ebenfalls. Noch schlimmer liegen die Dinge in der Provinz der Frauenarbeit, in Schlesien, vor allem in Breslau, wo von 138 241 Arbeitern 88 753 erwachsene männliche Arbeiter und 40 907 Arbeiterinnen vorhanden waren. Auch in den beiden anderen schlesischen Bezirken, Siegnitz und Oppeln, ist die Frauenarbeit verhältnismäßig stark, am geringsten in Oppeln. Dabei wollen wir erwähnen, daß der Oppelner Aufsichtsbekanntmachung die Beobachtung gemacht hat, daß der oberste Arbeiter an Leichtgläubigkeit verloren hat. Immerhin

haben auch wiederholt Betrunkene selbst aus den Räumen der Gewerbe-Inspektion entfernt werden müssen. Viel günstiger als diese schließlichen Bezirke und auch als Groß-Berlin steht hinsichtlich der Frauenarbeit der drittgrößte Industriebezirk des preussischen Staates: Potsdam. Potsdam hatte 1906 181 268 Arbeiter. Davon waren erwachsene männliche Arbeiter 148 725, Arbeiterinnen 28 525, junge Mädchen 2531, Kinder weiblichen Geschlechtes 10. Außer den genannten Kreisen haben über 100 000 industrielle Arbeiter noch Köln (117 432), Magdeburg (106 168), Frankfurt a. O. (102 616). Die kleinsten Industriebezirke sind, wenn man von Sigmaringen, das nur 3521 industrielle Arbeiter zählt, absieht, Gumbinnen mit 16 668, Marienwerder mit 21 925, Bromberg mit 23 772 und Posen mit 29 168 Arbeitern.

Wie schon bemerkt, haben die Berichte hervor, daß die Arbeiter die günstige Konjunktur nicht nur zur Erzielung höherer Löhne, sondern auch sonstiger günstiger Arbeitsbedingungen benutzt haben. Vor allem ist dies auch in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit der Fall. Zahlreiche Berichte stellen eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit fest, ganz besonders auch bei den Arbeiterinnen. In dieser Beziehung kommt der Bericht für Münster zu dem Ergebnis, „daß die allgemeine Einführung des Zehn-Stundenarbeitstages für erwachsene Arbeiterinnen in jedem Falle für zweckmäßig, für dringend erwünscht und auch für durchführbar gehalten wird. Sie würde neben einer Wohlthat für die noch nicht so Beschäftigten auch einen Akt der Gerechtigkeit wohlwollenden Arbeitgebern gegenüber bedeuten, die ja ungewöhnlich etwas unangenehm produzieren als solche Konkurrenten, welche 11 Stunden arbeiten lassen.“

Was das Verhältnis der Aufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern betrifft, so wird es fast durchweg als befriedigend bezeichnet, wenn auch manche Ausnahme die Regel bestreitet. So berichtet der Aufsichtsbekanntmachung für Siegen über einen Fall, in dem ein Ziegeleibesitzer, der zugleich Nitrogensbestitzer ist, die Beschäftigung der Anlage verweigerte, so daß die Einleitung eines Strafverfahrens notwendig wurde. Ebenso wie das Verhältnis der Aufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern wird auch das zu den Arbeitern überwiegend als günstig bezeichnet, doch wird mehrfach hervorgehoben, daß der Verkehr mit den Arbeitern noch zu wünschen übrig lasse. In dieser Beziehung muß man allerdings zu sehr bemerkenswerten Schlussfolgerungen kommen, wenn man in dem Bericht für Wiesbaden liest: Leider nehmen es allerdings manche Arbeitgeber noch immer übel, wenn ihre Arbeiter sich an die Gewerbeinspektion wenden. So wurde zum Beispiel ein Kesselfeiger einer Partekfabrik in Wiesbaden entlassen auf den bloßen, noch dazu ungerechtfertigten Verdacht hin, daß er der Inspektion gewisse Mängel an Kesselhäute mitgeteilt habe, so daß es des energischen Eintretens der Gewerbeinspektion für den Feiger bedurfte.

Sehr bedauerenswert sind auch die Feststellungen der Berichte über die Wirksamkeit des am 1. Januar 1904 in Kraft getretenen Kinderschutzgesetzes. Vielfach wurden noch Verstöße gegen das Gesetz festgestellt, und die heimlich betriebene unzulässige Beschäftigung von Kindern hatte wiederholt Strafverfahren zur Folge. Der Bericht für Oppeln betont, daß das Zusammenwirken der Aufsichtsbeamten mit der Schule weiter erfreuliche Erfolge gezeigt hat. Dagegen muß der Gewerbeinspektor für Potsdam von einem Fall berichten, in dem sogar der Ortschulinspektor unzulässigerweise die Beschäftigung eines schulpflichtigen Knaben in einer Ziegelei gestattet hatte.

Sehr eingehend beschäftigten sich die Berichte sowohl mit den Zuwiderhandlungen der Arbeitgeber gegen Schutzvorschriften und Verordnungen, wie mit dem Verhalten der Arbeiter den Schutzvorrichtungen gegenüber. Was Punkt eins betrifft, so ist erfreulicherweise eine Abnahme der ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften festzustellen, doch bezeichnen einige Berichte die von den Berichten besonders im Rückfall verhängten Strafen als zu gering, um wirksam zu sein. Fast übereinstimmend aber klagen die Berichte über die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen die Schutzvorrichtungen. Dem Werte und der Bedeutung der Schutzvorrichtungen wird von den Arbeitern leider noch vielfach nicht das wünschenswerte Verständnis und Interesse entgegengebracht, häufig werden sogar Schutzvorrichtungen, weil der Arbeit angeblich hinderlich, entfernt oder unbrauchbar gemacht. Insbesondere trifft diese Wahrnehmung für Holzbearbeitungs-Werkstätten und solche Schutzvorrichtungen zu, die vor Beginn der Arbeit erst eingestellt werden müssen. Die erwiesene Gleichgültigkeit vieler Arbeiter gegen die Gefahr und aus dem Drange nach höherem Verdienste erklären, der bei der meist üblichen Akkordarbeit durch gewissenhafte Benutzung der Schutzvorrichtungen geschmälert erscheint. Dennoch zeigen sich die Anfänge besserer Wertung der Unfall-schicksale in dem zunehmenden Interesse der Arbeiter für die ihnen von den Gewerbeaufsichts-Beamten erteilten Belehrungen und in der von ihnen hier und da laut geäußerten Anerkennung des Zweckes und der Brauchbarkeit der Schutzvorrichtungen; auch muß erwähnt werden, daß die Fachorganisationen der Arbeiter auf deren Benutzung drängen.

Eine Reform der Gewerbeordnung im Sinne ihrer Vereinfachung verlangt der Bekannte für den Bezirk Arnberg, indem er schreibt:

„Von den Wünschen, die bei Arbeitgebern und Arbeitern gleichmäßig bestehen, ist einer zu nennen, der bereits alt ist, aber immer deutlicher zum Ausdruck kommt. Er zielt auf die Vereinfachung des komplizierten Gesetzgebungsapparates, der auf dem Gebiete der gewerblichen und sozialen Gesetzgebung nach und nach entstanden ist. Die große Zahl der Verordnungen und Nachweisungen, die heute in den meisten Betrieben zum Ausmaß gebracht werden müssen, erschwert jedem Beteiligten die Uebersicht ganz erheblich. Bei den Revisionen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten werden vielfach Ausgänge vorgefunden, die auf den Betrieb durchaus keinen Bezug haben. Wird der Unternehmer in solchen Fällen nach dem Grunde befragt, so erklärt er, er hänge lieber überflüssige Verordnungen aus, als daß er wegen des Fehlens derselben gerichtlich bestraft werde, auch wird wohl behauptet, daß er aus der großen Zahl der Ausgänge das Richtige, was für seinen Betrieb zuträglich, nicht mehr herauszufinden vermöchte. Die Arbeiter beklagen sich, daß der Druck auf diesen Ausgängen so klein und der Ausdruck der einzelnen Bestimmungen oft so wenig ihrem Verständnis angepaßt sei, daß sie den Inhalt der Ausgänge nicht begreifen.“

Ein weiterer Fortschritt.

„Christliche Arbeiter aller Länder vereint Euch!“ Dieser Ruf hat ein lebhaftes Echo gefunden bei den christlichen Arbeitern derjenigen Kulturländer, wo die revolutionäre Sozialdemokratie die Arbeiterklasse unter ihr vaterlandsloses und religionsfeindliches Banner zu zwingen sucht. Der christlichen Arbeiterschaft der verschiedenen Kulturländer kommt es immer klarer zum Bewußtsein, daß es für sie gilt, einerseits energisch an der Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage mitzuwirken, andererseits ihre großen Ideale zu verteidigen.

Eine der größten Schwierigkeiten, welche sich der internationalen Verständigung und Verbrüderung entgegenstellen, besteht in der Verschiedenheit der Sprache. Zwischen den Vertretern der verschiedenen Idiome germanischen Sprachstammes (deutsch, holländisch usw.) ist die gegenseitige Verständigung verhältnismäßig leicht.

Dagegen bietet die Verständigung zwischen den Arbeitern romanischer und germanischer Zunge fast unüberwindliche Schwierigkeiten, weil wir in der Volkssprache nur unsere Muttersprache erlernen.

Die durch die Sprachverschiedenheit der Arbeiter entstehenden Schwierigkeiten in der einen oder anderen Weise zu überwinden, ist seit Jahren das ernstliche Bestreben der christlichen Gewerkschaften in Deutschland.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat bereits vor längerer Zeit für die polnisch sowie für die italienisch sprechenden Mitglieder Organe in deren Muttersprache herausgegeben.

Wir haben für unsere nur französisch sprechenden Mitglieder der elsässischen Grenzorte in der „Textilarbeiterzeitung“ einzelne Artikel in französischer Sprache gebracht. Es war aber wohl klar, daß es sich dabei nur um einen Notbehelf handeln konnte, bis zur Schaffung eines französischen Organs.

„Enfin notre désir est réalisé“, (endlich ist unser Wunsch erfüllt) so beginnt mit Recht der Einführungsauftrag der ersten Nr. des jetzt erschienenen französisch geschriebenen „Textilarbeiter“. Mögen seine Hoffnungen reichlich in Erfüllung gehen! Möge er unsern französisch sprechenden Mitgliedern ein treuer Freund, Berater und Lehrer werden, damit auch unsere „Franzosen“ sich immer mehr begeistern für die große und schöne Sache der christlichen Gewerkschaften.

Nur erscheint unser französischer „Textilarbeiter“ vorläufig noch in bescheidenem äußeren Gewande, wie das ja für einen „Anfänger“ auch natürlich ist, aber sein Inhalt berechtigt schon jetzt zu den schönsten Hoffnungen. Außer der „Einführung“ und „Mitteilungen“ finden wir zwei, nach Form und Inhalt vortreffliche Artikel. Den ersten derselben wollen wir in (eigener) deutscher Uebersetzung wiedergeben.

Was hilft es?

Es ist so leicht zu sagen, „was hilft es“, wenn man einen Weigerungsgrund vorbringen will, gegenüber demjenigen, der uns zum Eintritt in den Verband bewegen will. Hat aber der Arbeiter oder die Arbeiterin, welche mit diesen drei Worten das Urteil über die Organisation sprechen, haben sie schon über den Zweck des Verbandes nachgedacht, haben sie schon einmal festgelegt, was der Verband bisheran schon für die Arbeiter Gutes geleistet hat?

„Was hilft es!“ Diese drei Worte sollen den Arbeiter entbinden von der Pflicht des Nachdenkens und des Studiums, sie sollen ihn zugleich entbinden von der Pflicht, welche ihm die christliche Solidarität auferlegt. Gewiß wird Niemand das Feuer in seinem Hause löschen, wenn das Haus des Nachbarn brennt. Aber ist es nicht eine Pflicht, welche uns das Christentum auferlegt, daß wir dem Nachbar beistehen, seinen Brand mit Wasser löschen?

Es gibt Gegenden, es gibt Fabriken, wo der Arbeiter weder einen Streit noch einen Lohnabzug zu fürchten hat, wo der Arbeitgeber sich freiwillig Nähe gibt, die soziale und finanzielle Lage seiner Arbeiter möglichst günstig zu gestalten. Aber gibt es denn nicht auch andere Fabriken, wo jede Lohnsenkung und jede Arbeitszeitverkürzung erst erkämpft werden muß, wo, weil alle friedlichen

Mittel vergeblich waren, die Arbeiter in den Streit treten müssen?

In solchen Fällen darf sich der bessergestellte Arbeiter doch nicht von der Pflicht der Nächstenliebe und der Solidarität freizusprechen lassen mit der Nebenart „was hilft es“. Wir sind alle Brüder, und überall müssen wir uns gegenseitig helfen, wo wir dazu in der Lage sind. Unser geringer wöchentlicher Beitrag, vereint mit dem der vielen anderen Verbandsmitglieder, wird genügen, um damit diejenigen unserer Verbandskollegen zu unterstützen, welche für die Verbesserung ihrer Löhne und für die Regelung ihrer Arbeitszeit kämpfen müssen.

Und für diese gute Sache haben sich so viele Arbeiter bisher nicht begeistern können. Es gibt so viele Arbeiter, welche stets eine offene Hand haben, wenn es sich darum handelt, einen armen Bettler zu unterstützen oder sonst ein gutes Werk zu tun. Und diese selben Arbeiter drücken sich wegen des geringen Wochenbeitrages an der Organisation vorbei. Der Organisationsbeitrag nimmt auch nicht den Weg in die Schenke. Der Gewerkschaftler weiß, daß sein Beitrag einem edleren Zwecke dient, daß derselbe dazu dient, die oft sehr traurige Lage seiner streikenden Arbeitsbrüder aufzubessern.

Es gibt Gegenden, sagte ich, wo der Arbeiter — vielleicht — weder Streiks noch Lohnkürzungen zu fürchten hat. Vielleicht! Weiß er aber etwas bestimmtes? Heute organisieren sich alle Stände. Nicht nur der Arbeiter sucht durch die Organisation seine Lage zu verbessern, sondern auch von den Arbeitgebern sind bereits eine sehr große Anzahl organisiert.

Und wenn eines Tages die Fabrikanten auf irgend eine Weise die Parole ausgeben, daß der Lohn gekürzt und die Arbeitszeit verlängert würde, wie wollte sich der unorganisierte Arbeiter dagegen wehren! Ihm steht keine Organisation zur Seite, die ihn zur Zeit des Kampfes unterstützt, er kann nicht auf die Unterstützung aus der Kasse rechnen, die zur Zeit des Friedens gesammelt wurde. In diesem Falle wird die Macht des Arbeitgebers über das Recht des Arbeiters triumphieren. Der Arbeiter muß sich fügen, wenn auch mit verbissenem Ingrimm. Ihm bleibt höchstens der eine Trost, daß er zu sich selber sagen kann: Du hast es nicht anders gewollt, du Tölpel.

Sage man nicht, daß sich derartige Fälle nicht ereigneten. Um das zu sagen, müßte man keine Zeitungen lesen, müßte man nicht wissen, was um uns her vorgeht. Wie oft ist es schon vorgekommen, daß die Arbeiter eines einzigen Betriebes in den Streit traten und daß darauf alle Fabrikanten der Branche ihre Arbeiter aussperrten und die Betriebe für bestimmte oder unbestimmte Zeit schlossen. Als sämtliche Glatbacher Textilfabrikanten ihren Arbeitern kündigten, weil die Arbeiter einer Fiera in den Streit getreten waren, da erkannten die unorganisierten Arbeiter, daß von ihrem „was hilft es“ ihr Schornstein nicht rauchen würde. Statt des bittersüßen „was hilft es“ erscholl jetzt der Ruf: „organisieren wir uns“, und etwa 1500 Arbeiter schlossen sich dem christlichen Verbände an.

Als im vergangenen Jahre die Fabrikanten in Mühlhausen i. E. aus demselben Grunde wie in Glatbach ihre Fabriken schlossen, da stieg die Zahl unserer dortigen Mitglieder von 300 auf 1200. Gewiß ist es noch besser, spät organisiert als unorganisiert bleiben. Besser die betreffenden Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation aber schon früher erkannt, weit besser hätten sie den ihnen aufgebungen Kampf aufnehmen und zu ihrem Gunsten durchzuführen können.

Ueberlassen wir darum die nichtige Nebenart „was hilft es“ den Egoisten, die kein Mitgefühl für ihre Brüder haben; überlassen wir sie auch jenen, die nicht überlegen können und kein Verständnis dafür besitzen, daß man in Friedenszeiten für den Krieg rüsten muß.

Folgen wir nur der einen Parole: Organisieren wir uns! Ja, organisieren wir uns, um teilzunehmen an dem Werk der christlichen Solidarität und an dem Werk der Verbesserung unserer eigenen Lebenslage.

Ontelchen im Glück.

„Der Textilarbeiter“, Organ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, das verehrte Berliner Ontelchen, empfindet eine gewaltige Freude. Ontelchen hat nämlich in letzter Zeit „manden herrlichen Sieg“ über unsere „Textilarbeiterzeitung“ davongetragen, er hat der „Tante am Niederrhein“ vernichtende Niederlagen beigebracht. Vier Wochen lang hat die „fromme Tante ihr zahlloses Mundwerkzeug stillgehalten, weil sie nichts zu sagen wußte.“

Ontelchen, Ontelchen, da hast du dir selber in die Nase gebissen. Du schimpfst auf die „Düsseldorfer Tante“ und stellst ihr zugleich das Zeugnis aus, daß sie vier Wochen lang Schweigen kann. Da muß die „Textilarbeiterzeitung“ doch zu den besten der Tanten gezählt werden, denn wo ihr sonst wohl eine Tante zu finden, die vier Wochen lang Schweigen kann? Und gar Schweigen kann zu den Spalten- und leitenlangen Schimpfartikeln, wie du sie jede Woche abgierst? Wenn die „Tante“ schweigt, dann fühlt sich Ontelchen als Sieger und — schimpft noch mehr. Ontelchen läßt sich seine Siegesfreude auch nicht durch den für ihn nebensächlichen Umstand vergällen, daß seine Siege nur in seiner Einbildung bestehen. Warum auch? War jener Hofnar, welcher sich einbildete der König zu sein, vielleicht weniger glücklich als ein wirklicher König, weil sein Königreich nur in seiner Phantasie existierte?

So stellt denn Ontelchen in seinem Artikel „Unser rheinische Tante auf dem Köstlicherpfaß“, eine

„töppische Schwinderei der frommen Tante“ ist, was nur auf das Konto seiner zunehmenden Gedächtnisschwäche zu setzen ist. Doch hören wir zunächst, was Dntelchen zu sagen weiß auf unsere Anfrage, ob der Umstand, daß die Redaktion des „Textilarbeiter“, wie aus einer Briefkastennotiz ersichtlich, gute Artikel honoriere, für die Länge seines Schreibstils mitbestimmend gewesen sei. Dntelchen läßt sich also vernachlässigen:

„Denn, daß diese Achtung ihre Wirkung nicht verfehlt hat, bezeugt uns die fromme Tante nicht nur dadurch, daß sie vier Wochen ihr zahlloses Schimpfwort, eug still hielt, sondern auch dadurch, daß sie in der häßlichen Bemerkung: „gute Artikel werden honoriert“ zugeführt, daß unsere, ihr verabreichte Achtung, das Wort „gut“ verdient.“

Wir können der Tante bei dieser Gelegenheit versichern, daß wir nach dieser Richtung immer unsere Schuldigkeit tun werden, um eine solche gute Beurteilung zu erlangen. Dabei ist es wohl auch angebracht, festzustellen, daß die fromme Tante sehr im Irrtum ist, wenn sie glaubt, solche Achtungen, wie diejenige, welche ihr nicht von der Redaktion des „Textilarbeiter“ verabreicht. Der „Textilarbeiter“ hat nicht nötig, ähnliche Achtungen zu machen, wie sie die „Textilarbeiterzeitung“ beim „Anzug mit der Gade“ oder in der Jesuitenschule in M. Gladbach machen muß.

Es ist nichts weiter wie eine jener bereits charakterisierten töppischen Schwindereien der frommen Tante, wenn sie in ihrer Bemerkung von der Briefkastennotiz: „gute Artikel werden honoriert“ einer Briefkastennotiz, welche angeblich im „Textilarbeiter“ gestanden haben soll, den Anschein erwecken will, die Redaktion des „Textilarbeiter“ lebe an derselben geistigen Armut, wie die fromme „Textilarbeiterzeitung“.

Eine solche Briefkastennotiz hat nie im „Textilarbeiter“ gestanden, wenigstens nicht in der Form des Verlangens nach guten Artikeln, wie es die „Textilarbeiterzeitung“ darzustellen sucht. Die Tante versucht hier ein Notizentwerfer, dessen Plumpheit natürlich sofort auffallen muß.

Unsere Leser wissen, daß wir vor kurzem zwei Artikel im „Textilarbeiter“ einführten, in welchen wir den Mitgliedern unseres Verbandes Gelegenheit gaben, Fragen sachgewerblicher Natur zu erörtern. Es ist das eine Einrichtung von großer praktischer Bedeutung, denn die Bestimmungsfähigkeit der Mitglieder gewinnt natürlich dadurch, daß sie sich ihre Erfahrungen bei der Arbeit an den Maschinen austauschen und bei der Arbeit nutzbringend verwenden können. Diese zwei Artikel waren also von vornherein für diese praktische Diskussion der Mitglieder bestimmt, und da wir von früher her wußten, daß bei solchen Diskussionen auch sehr gute Arbeiten geliefert werden und wir natürlich nur recht gutes fördern wollten, machten wir die eigentlich selbstverständliche Mitteilung, daß wir gern bereit seien, gute Antworten zu honorieren. Aus dieser selbstverständlichen Mitteilung hat nun die Tante, wie wir aus Nr. 18 der „Textilarbeiterzeitung“ ersehen, die plumpe Fälschung von der Briefkastennotiz gemacht und dadurch die richtige Meinung zu erwecken gesucht, die in Nr. 14 des „Textilarbeiter“ an ihr vollkommene Züchtigung für ihre hohlen Phrasen sei ihr nicht von der Redaktion des „Textilarbeiter“ verabreicht worden.

Nein, nein, verehrtes Lantchen, die Versicherung kommt Du ein für allemal mit nach Hause nehmen: wenn wir die Notwendigkeit ersehen, die wieder einmal eine Reinigung zuteil werden zu lassen — ein lauberes Geistes ist es ja gerade nicht — so fällt es uns gar nicht ein, uns wegen Dir noch in besondere Anstalten zu stürzen, die Reinigung vollziehen wir selbst.“

Ja, Dntelchen, so geht's wenn man alt wird, da wird das Gedächtnis schwach. Vielleicht hat dir dein „Ruhmesgemüse“ auch die Erinnerung verdrückt. Wir fußen nämlich bei unserer Anfrage nicht auf die vor „kurzem“ ergangene selbstverständliche Mitteilung, sondern auf eine wirkliche Briefkastennotiz, die in der Nr. 48 des „Textilarbeiter“ vom 1. Dezember 1905 zu finden ist. Es heißt da unter:

„Fr. G. S. K. Wenn die Artikel gut sind, werden sie von uns honoriert, wenn auch nur mäßig.“

Wir halten es, wie gesagt, Dntelchens Gedächtnisschwäche zugute, daß er uns trotzdem „plumpe Fälschung der Briefkastennotiz“ vorwirft, und fühlen uns um so eher veröhnt, weil wir jetzt die Gewißheit haben, daß wir von Dntelchen in höchst ungünstiger Person bedient werden. Wir vermuteten das zwar auch schon früher. Der „tragische“ Schimpfen der Artikel ließ ja seinen Zweifel über die Arbeiterschaft derselben aufkommen. Um aber volle Gewißheit zu haben, stellen wir, unter Bezugnahme auf die angeführte Briefkastennotiz, die etwas neuartige Frage nach dem Autor. Und Dntelchen hatpe blindwütig auf die Antwort. Haben wir doch von „guten Artikeln“ gesprochen. Da mußte es die Welt erfahren, daß Dntelchen selber die „guten Artikel“ schreibe. Daß wir die Worte „gute Artikel“ in

Gänsefüßchen brachten, kam für Dntelchen nicht in Frage. Wer dem Sozialismus eine Welt erobern will, darf natürlich nicht über ein paar „elende Gänsefüßchen“ stolpern.

Nachdem sich Dntelchen recht ausgeschimpft hat über unsere „Fälschung der Briefkastennotiz“, läßt er uns eine Vorlesung über die verschiedenen Arten der Ausschüßungen. Auch diesen Erguß wollen wir zunächst wiedergeben, damit sich unsere Leser einen bessern Begriff machen können von dem „Siegen“, die Dntelchen über die „fromme Tante“ erringt:

„Neben dieser plumphen Fälschung betreffend die sogenannte Briefkastennotiz, welche die Tante in derselben Nr. 18 der „Textilarbeiterzeitung“, noch durch ein anderes Notizentwerferstückchen ihrem journalistischen Handwerk Ehre zu machen. Herhalten dazu muß die angebrochte Ausschüßung im Eulengebirge, mit der sie jetzt ihre zweifelhafte Haltung in M. Gladbach zu rechtfertigen sucht. In M. Gladbach war der „christlichen“ Textilarbeiterorganisation mit Recht vorgehalten worden, daß sie die für die Arbeiter außerordentlich günstige Lage nicht so ausgenutzt habe, wie es möglich war. In M. Gladbach war in den Betrieben allen Arbeitern gekündigt worden, und die Betriebe kamen also, wenn die Ausschüßung vorgenommen wurde, zum Stillstand. Das ist natürlich ganz anders, als wenn im Eulengebirge. Dort sollten befallend nur die organisierten Arbeiter ausgeperrt werden, wodurch die Betriebe nicht zum Stillstand kamen. Es ist bezeichnend für die töppische Unfähigkeit der frommen Tante, wenn sie diesen fundamentalen Unterschied zwischen beiden Ausschüßungsmaßnahmen nicht zu erkennen vermag, daß dort, wo die Betriebe mit 60-70 Proz. der Beschäftigten, welche nicht ausgeperrt werden, weiterlaufen, tattlich ganz anders gehandelt werden muß wie dort, wo die Betriebe stillstehen. Wo eine eine so erschreckende töppische Unfähigkeit entgegenkommt, wie in dem Artikel in Nr. 18 der „christlichen“ Textilarbeiterzeitung“, da kann man nur die Arbeiter bebauern, welche dem christlichen Textilarbeiterverband Gefolgschaft leisten.“

Natürlich war in Vorgehensweise noch nicht die geeignete Zeit, um es auf die Ausschüßung der organisierten Arbeiter ankommen lassen zu können. Dazu muß die Organisation der Textilarbeiter erst soweit fortgeschritten sein, daß wenn die organisierten Arbeiter ausgeperrt werden, die Betriebe zum Stillstand kommen, oder nur mit einer so geringen Arbeiterzahl arbeiten, daß der Betriebsverlust den Arbeitern als Dankschuldmittel dient.

In M. Gladbach kamen diese Erwägungen nicht in Frage, dort war das Professionsmittel vorhanden, die Betriebe kamen zum Stillstand, und die Arbeiter hatten und haben ganz recht, wenn sie der christlichen Textilarbeiterorganisation vorwerfen, sie habe absichtlich die außerordentlich günstige Lage nicht ausgenutzt, um den Arbeitern die langwierige Ausschüßung ihrer Löhne zu sparen.

Wir wiederholten die Fälschung des fundamentalen Unterschiedes bei dem Umfang der Ausschüßungsmaßnahme in M. Gladbach und im Eulengebirge ist natürlich die ganze journalistische Argumentation der frommen Tante zusammen, und stehen bleibt richtig die Tatsache, daß die „Textilarbeiterzeitung“ unfähig ist, das tattliche Abc bei Lohnkämpfen zu kopieren.“

Es kommen also nach Dntelchens Meinung zwei Ausschüßungsmaßnahmen für die Fabrikanten in Frage und zwar 1. sperren die Fabrikanten sämtliche Arbeiter aus und schließen die Betriebe, oder 2. sie sperren nur die organisierten Arbeiter aus und halten mit den Unorganisierten die Betriebe aufrecht.

Weil nun die Fabrikanten in M. Gladbach nach der erlernten Methode ausschüßten, d. h. allen Arbeitern kündigten, so hat nach Dntelchens Ansicht der christliche Verband die „außerordentlich günstige Lage“ nicht so ausgenutzt, wie es möglich war, obgleich es nicht, daß den Streikenden ihre Forderungen fast ganz bewilligt wurden.

Im Eulengebirge sollten nur die organisierten Arbeiter ausgeperrt werden, und daher war es vom „deutschen“ Verbande recht hing gehalten, daß er zusammenstimmte und die Streikenden zu bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zwang.

Jedenfalls werden die deutschen Textilarbeiter den Dntelchen sehr dankbar dafür sein, daß er ihnen den Weg gewiesen hat, wie sie den „mächtigen deutschen Textilarbeiterverband“ irre machen können.

Denn Dntelchen nicht so deutlich wäre, dann würde er doch auch folgende Ausschüßungsmaßnahme mit in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen haben: Die Fabrikanten sperren alle Arbeiter aus, sperren aber nach kurzer Zeit wieder die Betriebe für — die Unorganisierten und diejenigen, welche aus der Organisation austreten. Dieses Verfahren ist doch schon oft seitens der Unternehmern angewandt worden.

Nun waren in M. Gladbach von 10-12000 Arbeitern, bei Ausbruch der Bewegung etwa 4000 Arbeiter organisiert. (Nicht einige Tausend mehr. Die Nr. d. „Textilarbeiterzeitung“). Wäre es da nicht ein freiespielendes Spiel mit Arbeiterinteressen gewesen, wenn der christliche Verband die Ausschüßung pro-

voziert hätte, nur um einigen Klassenkämpfern Wasser auf die Mühlen zu treiben? In diesem Falle wäre der Vorwurf des „Textilarbeiter“ berechtigt gewesen, daß der christliche Verband „das tattliche Abc bei Lohnkämpfen nicht zu kopieren“ vermöge.

Unsere Darstellung der Beendigung der Färbereiarbeiterbewegung in Eberfeld nennt Dntelchen eine bewusste Unwahrheit. Kann der dritte Teil der von uns genannten Zahl sei auf der Straße gebüchert, also etwa 40 von 200 Streikenden. Darüber lacht man in Eberfeld. Gewiß ist der Kampf durch Mehrheitsbeschluß beendet worden, aber wie und unter welchen Begleiterscheinungen kam der „Mehrheitsbeschluß“ zustande? Wir schweigen vorläufig darüber.

Zum Schluß behauptet Dntelchen dann noch, daß unser Kollege Köhling in Darmen Unzufriedenheiten machte, welche die christlichen Arbeiter veranlaßte, ihn in jener Versammlung nicht mehr reden zu lassen. Das ist eine plumpe Unwahrheit. Daß ein Unternehmerricht die Ausschüßungen des Kollegen Köhling entstellte wieder, um sie gegen die Arbeiter auszuspielen, beweist doch gar nichts. Ist es denn dem Dntelchen nicht bekannt, daß die „Deutsche Arbeiterzeitung“ oft ganze Abschnitte aus dem Inhalt des „Textilarbeiter“ einfach abdruckt, um daran den „rüpelhaften Ton“ der Arbeiterpresse zu demonstrieren? Bevor uns Dntelchen wegen dieser Behauptung wieder „plumpe Fälschung“ vorwirft, empfehlen wir ihm, den Artikel „Ein Mann — ein Wort“ in Nr. 9 der „Arbeiterzeitung“ zu lesen, denn sonst plumpft Dntelchen wieder so herein wie mit der „Briefkastennotiz“.

Und nun, verehrtes Dntelchen, erringe neue Siege über die „verhasste Tante“. Du wirst konstataieren können, daß wir noch länger als vier Wochen auf dein Geschimpfe schweigen können. Nur ab und zu mal werden wir deinem Gedächtnis etwas nachsehen. Wir werden uns über deine Siege nicht weniger amüsieren als über deinen „guten“ französischen Artikel in deiner Nummer 19, denn auf dich trifft das Wort zu: „Die höchsten Köpfe reden sich wie die leeren Mägen.“

Yur Mahnung zur praktischen Mitarbeit

richtet in den „Sozialistischen Monatsheften“ ein „Genosse“ Heiden an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Auf die Frage, welche Stellungnahme zu den sozialpolitischen Fragen für die sozialdemokratischen Vertreter geboten sei, antwortet der Verfasser mit ganz kategorischen Forderungen. Er meint, die Vertretung an positiver parlamentarischer Arbeit ist die schon die Bedingung des Parteilertens und Verhandels mit anderen Parteien in sich. Für die Sozialdemokratie aber seien in gewissem Sinne die parlamentarischen Kämpfe um die Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung; nur die auf den politischen Kampfpfad übertragenen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. In diesen Kämpfen sei das vorläufige Ziel nicht ein Niederzwingen des Gegners, sondern ein angemeßener und annehmbarer Vergleich. Betrachte man aber die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei den Abstimmungen über die sozialpolitischen Gesetze, so finde man, daß sie schwankend gewesen sei. Dieses Schwanken aber kann man eigentlich nur als eine Episode bezeichnen. In Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie, wie es ihr immer wieder vorgehalten werden muß, gegen jedes Gesetz gestimmt, das der Arbeiterschaft Vorteile zuzuführen bestimmt war, so daß mit Freigabe und Recht behauptet werden kann, die ganze sozialpolitische Gesetzgebung würde nicht vorhanden sein, wenn sie nicht von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abhängig gewesen wäre.

Gerade diese Tatsache hat die Sozialdemokratie mit Leidenschaftlichkeit zu bestreiten gesucht. In dem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ wird aber der Beweis dafür ausführlich erbracht. Die Sozialdemokratie hat, wie Heiden feststellt, in den achtziger Jahren die drei Verfassungsänderungsgesetze gestimmt, trotzdem darin immerhin der fruchtbare Gedanke der Zwangsversicherung enthalten gewesen sei, die Heiden also sehr wohl, ohne ihrer prinzipiellen Stellung etwas zu vergeben, dafür haben können. Wie Unrecht habe die Fraktion

auch der Arbeiterkassennovelle 1891 die Zustimmung verweigert. Ein Umschwung in dem Verhalten der Fraktion sei aber in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eingetreten, da das Handelsgesetz, das Kinderbeschutzgesetz, das Gesetz betreffend die Unfallversicherung für Beamte und Militär, das Gewerbeverordnungsgezet u. a. von der Sozialdemokratie angenommen wurden. Nach dem Dresden Parteitag aber änderte sich diese Haltung wiederum. Es trat, wie Heiden bemerkt, eine Rückentwicklung ein, die sozialdemokratische Fraktion stellte sich wieder auf den ablehnenden Standpunkt. Der Verfasser behauptet das und rät, die Sozialdemokratie solle wie die Gewerkschaftsbewegung sich zunächst mit dem Erreichbaren begnügen. „Das verlangen die Wähler.“ Die sozialdemokratische Fraktion habe den richtigen Weg, den sie in den Jahren 1897 bis 1903 eingeschlagen, verlassen, sie möge ihn wieder beschreiten. Der Weg führe nicht vom Ziele ab, sondern darauf zu, er härte den politischen Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer parlamentarischen Vertreter. Wir vermuten, „Genosse“ Heiden werde mit seinen Darlegungen nicht viel Glück haben. Die Sozialdemokratie ist nach ihrer ganzen Verfassung gar nicht imstande, positive Arbeit zu leisten, da sie ja damit zur Befestigung der von ihr dem Untergange geweihten Staats- und Gesellschaftsordnung beitragen müßte.

Tagespresse und Arbeiterbewegung.

Eine glückliche Ergänzung der Anregungen, welche wir in unserm Artikel „Gewerkschaft und Presse“ in Nr. 48 der „Textilarbeiterzeitung“ vom vorigen Jahre gaben, erblicken wir in einem, unter obiger Ueberschrift erschienenen Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, den wir aus diesem Grunde auszugeweiht wiedergeben:

Unter bürgerlicher (nicht sozialdemokratischer) Tagespresse ist nichts Einheitsliches zu verstehen. Zwischen dem meinungslosen, papierstarken aber gedankenarmen Nachrichtenblatt und den Blättern, die eine bestimmte Weltanschauung, bestimmte politische und soziale Ideen vertreten und die Entscheidungen des öffentlichen Lebens danach beurteilen, besteht ein gewaltiger Unterschied. Was Tagespresse heißt, hat aber das gemeinam, daß sie jeden Tag eine Menge Nachrichten aus Nah und Fern, den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens entnehmen, verarbeitet. Die Nachrichtenpresse tut nur das eine, die Meinungsfrage geht darüber hinaus, bespricht, beurteilt, macht Meinung. An der Arbeiterbewegung kann indes keine Tageszeitung sichschwierig vorübergehen, wie sie auch immer gerartet sein mag. Die mannigfachen Lebensäußerungen der Arbeiterbewegung, örtliche Versammlungen und Demonstrationen, wichtige Kongresse, gelegentliche Stellungnahmen von Arbeiterorganisationen zu sozialpolitischen Fragen, kommunaler oder staatspolitischer Art, all das wird von der Tagespresse registriert, gebucht werden müssen. Vor allem die Differenzen auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages, Streiks, Ausschüßungen, die tief in das öffentliche Interesse hineingreifen, können nicht ungenutzt werden, ja je nachdem sie Form und Ausdehnung annehmen, muß die Tagespresse dem allgemeinen Empfinden der Leserschaft nachgeben und Stellung dazu nehmen, mag sie noch so verächtlich über vorwachen sein.

Von diesen natürlichen Beziehungen der Tagespresse zur Arbeiterbewegung soll aber in diesem Artikel allein nicht die Rede sein. Die Nachrichtenpresse müßte dadurch der Arbeiterbewegung als Bewegung gar nicht. Darum erblickt der denkende, vorwärtsstrebende Arbeiter in dieser Presse (für gewöhnlich General-Anzeiger-Presse genannt) einen unter allen Umständen zu bekämpfenden Feind. Wir haben in der Tat kein Interesse daran, als Mensch nicht, als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter erst recht nicht, das Heer der Waghalsigen und Meinungslosen vermehrt zu sehen. Die Zeitung habe eine Meinung, so oder so.

Von der politischen, meist parteipolitischen Tagespresse nun verlangt die Arbeiterschaft auch in Beziehung zur Arbeiterbewegung mehr wie bloße Tatsachenbermittlung, mehr wie Berichterstattung. Sie wünscht und zwar ständig, etwas Propaganda für ihre (der Arbeiter) Standesideale und ihre Bewegung. Die Zeitung soll Meinung für die Bestrebungen der Arbeiter machen. Sie ist so mächtig die Tagespresse, viel mächtiger als das Gewerkschaftsblatt, eben weil sie alltäglich zu einer

ausdrücklich allen Personen (abgesehen von der Vernaussichtigung jugendlicher Arbeiter) die freie Ausübung der allgemeinen persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte ausdrücklich gewährleistet. Das ist eine sehr verhängnisvolle und nachteilige Bestimmung, auf welche Abbe mit Recht großen Wert legte. Aber er geht zu weit, wenn er sagt: „In Wahrheit begründet der industrielle Dienstvertrag keinerlei sittliche Beziehungen zwischen den Kontrahenten als solchen“ (S. 377), und weiter: „Die Angehörigen eines und desselben Industriebetriebes als Mitarbeiter, Vorgesetzte, Untergebene stehen just in dem gleichen Verhältnis zu einander, wie Leute, die in daselbe Eisenbahnlokomotive eingestiegen sind“ (S. 380). Diese Schlussfolgerung nennt Abbe selbst „in der Tat ganz absonderlich“ (ebd.). Dem letzteren stimmen wir zu. Auch der Personentanz in einem Fabrikbetrieb stellt einen sittlichen Organismus dar; wo Vertragsrechte sind, gibt es auch sittliche Pflichten.

Abbe hielt darauf, die zeitliche Gewerkschaft der Arbeiter genau zu umgrenzen und in dem Bestreben, die zeitliche Freiheitsbeschränkung nicht weiter auszubehnen, als wichtige Interessen des Betriebs gebieten, kam er allmählich zur Einführung des Achtstundentages. Durch jahrelange seine Beobachtungen hat er festgestellt, daß bei der Verkürzung des Arbeitstages von neun auf acht Stunden die Arbeitsleistung im Durchschnitt um 3-4% frieg. Er wies dann nach, daß diese Steigerung der Arbeitsintensität den einzelnen völlig unberührt, fast automatisch sich vollziehe, und erklärte sie dadurch, daß bei kürzerer Arbeitszeit die Kräfteausgabe, die infolge der angeregten Stellung (ganz abgesehen von der eigentlichen Arbeit) vor sich geht, eine geringere werde, und daß ferner die Zeit zum Erjah der Kräfte länger werde. Die vollendete wissenschaftliche Methode, die Abbe hier anwendet, sichern seinen Untersuchungen über „die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verkürzung des industriellen Arbeitstages“ (S. 203-249) bleibenden Wert.

(Schluß folgt.)

Ernst Abbes Sozialpolitik.

II.

Abbe hat ohne Zweifel über diese Verfassungsform, die er durch das Stimmrecht nach Art eines Föderalismus unter dauernder Bindung gestellt ist, das Kapital aus der sonst herrschenden Stellung ausgehoben und es zum Diener der organisierten Arbeit gemacht. Den sonst üblichen Umergemein, als besten ausführenden Quelle er die Organisation der Arbeit bezeichnet, hat er in den Dienst der Gesamtheit oder vielmehr der Organisation als solcher gestellt. Andere haben vor ihm ähnliche Bestrebungen zu verwirklichen gesucht durch Produktionsgenossenschaften, welche den Genossen gleiche Stimmanteile, aber auch (in gewissem Sinne) gleiche Beteiligung an der Leitung und Verwaltung einräumten. Abbe wußte sehr gut, daß noch kein Versuch gelungen ist, Genossenschaften auf industriellem Gebiet mit Erfolg zu halten, und das Verlangen von Arbeitern, von denen jeder zunächst an sein eigenartiges Einzelinteresse denkt, unabhängig sind, große Unternehmungen zu leiten. Darum mußte er sein Unternehmen zu einer Produktionsgenossenschaft nur hinsichtlich der Regelung der wirtschaftlichen Interessen, nicht auch in Hinsicht auf Verwaltung und Leitung (S. 126).

Abbes Wert war nicht juristisch, sondern wahrhaft sozial. Die Zwecke, die er seiner Stiftung gab, und die den Ausdruck einer wahrhaft sozialen Gestaltung darstellen, sind nicht leere Worte auf dem Papier geblieben. Sie heißen: 1. Pflege der Zwecke zeitgenössischer Industrie, welche durch die zeitliche Restriktion und das Stimmrecht in Form eingebürgert sind; 2. Dauernde Forderung für die wirtschaftliche Förderung der genannten Unternehmungen sowie für Erhaltung und Weiterbildung der in ihnen gewonnenen industriellen Arbeitsorganisation — als der Kernpunkt eines zahllosen Personalnetzes und als eines nützlichen Gliedes im Dienst wissenschaftlicher und praktischer Interessen. 3. Erfüllung größerer sozialer Pflichten, als persön-

liche Inhaber dauernd gewährleistet würden, gegenüber der Gesamtheit der in ihnen tätigen Mitarbeiter, behufs Verbesserung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Rechtslage. — Ja, die Stiftung hat über den Personentanz ihrer Betriebe hinaus sich in gemeinnützigen Einrichtungen und Maßnahmen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung Jena's betätigt, naturwissenschaftliche und mathematische Studien in Förderung und Lehre gefördert.

Dieser wahrhaft soziale Charakter verleiht die Zeit-Stiftung ohne Zweifel ihrer durch Abbe geschaffenen Verfassungsform. Deswegen verdient das, was man sagen, daß ihre theoretische Begründung nicht ganz richtig ist. Indem er die Quelle des Rechtswechsels in Genossenschaftsmengen in der Organisation der Arbeit findet, verdrängt er das ganz individuelle Verhältnis des Einzelnen, des unternehmerischen und kapitalistischen Genosses, das häufig die Organisation erst geschaffen hat. In dem anerkanntesten Streben, alle individualistischen und egoistischen Ansprüche (namentlich seitens des Unternehmers) zurückzudrängen, hat er den Wert der Gesamtheit, der Organisation als solcher, wohl etwas zu hoch eingeschlagen. Nun darf auch zweifeln, ob je solche Fortschritte in Technik und Industrie erzielt wären, wenn nicht individualistischer Geistes die leitenden Kräfte zu möglichem Fortschrittsstreben gelockt hätte. Zu dem berechtigten Zweifel, ob es möglich wäre, Betriebsverhältnisse wie diejenige Abbes überall durchzuführen, gestellt sich daher noch der andere, ob es gut wäre.

3. Daß Abbe bezüglich des Verhältnisses von Unternehmer und Arbeiter die Bedeutung des letzteren höher einschätzte, als es gewöhnlich geschieht, geht teilweise schon aus den vorhergehenden Ausführungen hervor. Sein menschliches Streben ging dahin, unseren ganzen Lebensstand, insbesondere der unternehmerischen Lebensfähigkeit der einzelnen in ihrer persönlichen Arbeit, auf das Niveau des alten selbständigen Handwerks zu erheben, welches zuerst nur Jena über den Schichten, in den verschiedensten Industrien erregte, — und so auch

unter den veränderten Wirtschaftsverhältnissen den Träger der physischen Arbeitskraft des Volkes als dessen gesunde, festen Stamm zu erhalten“ (S. 55). Dies Ziel ist nicht durch Caritas, nicht durch Wohlwollensbeschränkungen zu erreichen. „Es gibt keinen anderen Weg zu diesem Ziel, als wirkliche und dauernde Hebung der Rechtslage der von industriellen Unternehmungen abhängigen Personen in ihrem Verhältnis zum Unternehmer und seinen Organen, nach der persönlichen und wirtschaftlichen Seite hin. Das mit anderen Mitteln und auf anderen Wegen geschehen oder empfohlen worden ist... mag im einzelnen sehr achtenswert, sehr erfreulich und sehr nützlich sein, unter dem Gesichtspunkt der sozialen Reforminteressen aber ist es nur Dekoration und nichts weiter“ (S. 348). Daher will Abbe für den ganzen Personentanz der jetzigen Stimmrechtsunternehmungen das öffentliche Proletariatrecht der Reichsgewerkschaft und der einschlägigen Abschnitte des Handelsgesetzbuches durch ein besseres privates Arbeiter- und Angestelltenrecht ersetzen“ (ebd.). Abbe bleibt hier auf dem Boden des freien, privaten Arbeitsvertrages. In einem im freistimmigen Verein zu Jena (1894) gehaltenen Vortrage wünscht er allerdings auch die organisierte Aktion des Stammes“ (S. 34).

Um eine bessere Rechtslage für die Arbeiter zu schaffen, bringt Abbe sehr energisch darauf, daß das vertragsmäßige Verhältnis zwischen Person und Inhaber der Unternehmung genau präzipiert werde und nur solche Pflichten fiktiviert werden, die sich unmittelbar aus dem Vertragsgegenstande, der Arbeit, ergeben. Es ist ihm darum zu tun, „den industriellen Arbeitsvertrag auf eine rechtlich gesunde, ethisch richtige Grundlage zu stellen — nämlich unter Hinweisung auf die Idee des Brötherners das Vertragsverhältnis zu entlasten von allem Recht als Vertragspflichten und Besallenspflicht. Den der Rechtsgrundlag des Stammes (beim ich bin gewiß und in der Tat dem schärferen Teil fast überall noch angehängt hat“ (S. 374). Dieser Auffassung entsprechend ist auch in den Statuten der Stiftung

unter den veränderten Wirtschaftsverhältnissen den Träger der physischen Arbeitskraft des Volkes als dessen gesunde, festen Stamm zu erhalten“ (S. 55). Dies Ziel ist nicht durch Caritas, nicht durch Wohlwollensbeschränkungen zu erreichen. „Es gibt keinen anderen Weg zu diesem Ziel, als wirkliche und dauernde Hebung der Rechtslage der von industriellen Unternehmungen abhängigen Personen in ihrem Verhältnis zum Unternehmer und seinen Organen, nach der persönlichen und wirtschaftlichen Seite hin. Das mit anderen Mitteln und auf anderen Wegen geschehen oder empfohlen worden ist... mag im einzelnen sehr achtenswert, sehr erfreulich und sehr nützlich sein, unter dem Gesichtspunkt der sozialen Reforminteressen aber ist es nur Dekoration und nichts weiter“ (S. 348). Daher will Abbe für den ganzen Personentanz der jetzigen Stimmrechtsunternehmungen das öffentliche Proletariatrecht der Reichsgewerkschaft und der einschlägigen Abschnitte des Handelsgesetzbuches durch ein besseres privates Arbeiter- und Angestelltenrecht ersetzen“ (ebd.). Abbe bleibt hier auf dem Boden des freien, privaten Arbeitsvertrages. In einem im freistimmigen Verein zu Jena (1894) gehaltenen Vortrage wünscht er allerdings auch die organisierte Aktion des Stammes“ (S. 34).

unter den veränderten Wirtschaftsverhältnissen den Träger der physischen Arbeitskraft des Volkes als dessen gesunde, festen Stamm zu erhalten“ (S. 55). Dies Ziel ist nicht durch Caritas, nicht durch Wohlwollensbeschränkungen zu erreichen. „Es gibt keinen anderen Weg zu diesem Ziel, als wirkliche und dauernde Hebung der Rechtslage der von industriellen Unternehmungen abhängigen Personen in ihrem Verhältnis zum Unternehmer und seinen Organen, nach der persönlichen und wirtschaftlichen Seite hin. Das mit anderen Mitteln und auf anderen Wegen geschehen oder empfohlen worden ist... mag im einzelnen sehr achtenswert, sehr erfreulich und sehr nützlich sein, unter dem Gesichtspunkt der sozialen Reforminteressen aber ist es nur Dekoration und nichts weiter“ (S. 348). Daher will Abbe für den ganzen Personentanz der jetzigen Stimmrechtsunternehmungen das öffentliche Proletariatrecht der Reichsgewerkschaft und der einschlägigen Abschnitte des Handelsgesetzbuches durch ein besseres privates Arbeiter- und Angestelltenrecht ersetzen“ (ebd.). Abbe bleibt hier auf dem Boden des freien, privaten Arbeitsvertrages. In einem im freistimmigen Verein zu Jena (1894) gehaltenen Vortrage wünscht er allerdings auch die organisierte Aktion des Stammes“ (S. 34).

Um eine bessere Rechtslage für die Arbeiter zu schaffen, bringt Abbe sehr energisch darauf, daß das vertragsmäßige Verhältnis zwischen Person und Inhaber der Unternehmung genau präzipiert werde und nur solche Pflichten fiktiviert werden, die sich unmittelbar aus dem Vertragsgegenstande, der Arbeit, ergeben. Es ist ihm darum zu tun, „den industriellen Arbeitsvertrag auf eine rechtlich gesunde, ethisch richtige Grundlage zu stellen — nämlich unter Hinweisung auf die Idee des Brötherners das Vertragsverhältnis zu entlasten von allem Recht als Vertragspflichten und Besallenspflicht. Den der Rechtsgrundlag des Stammes (beim ich bin gewiß und in der Tat dem schärferen Teil fast überall noch angehängt hat“ (S. 374). Dieser Auffassung entsprechend ist auch in den Statuten der Stiftung

den verschiedensten Ständen und Interessengruppen angehörenden Leserschaft reden kann und diese möglichst vielseitig zu interessieren in der Lage ist. Für die breite Masse des Volkes ist das Tagesblatt meist die einzige geistige Nahrung. So wird die für Hunderttausende von Erwachsenen Lehrer, Erzieher. Sie kann — diese, ihre Funktion, im Lichte der Arbeiterbewegung betrachtet — ihre Leserschaft zum sozialen Denken anleiten, zur Arbeiterbewegung hinführen. Oder auch nicht, zum größten Hemmnis werden, je nach dem. Die vorwärts drängende Arbeiterbewegung muß das, darum das Verlangen nach Unterstützung ihrer Sache in der Tagespresse.

Neben die Verechtigung dieses Verlangens verleihten wir kein Wort. Ueber Selbstverständlichkeiten diskutiert man nicht mehr. Mögen andere Gewerkschaften, Arbeitgeber, gewerblicher und kaufmännischer Mittelstand, Privat- und sonstige Beamte, für ihre Bestrebungen dieser Hilfe durch die Tagespresse nicht entbehren können, die Arbeiterleserschaft kann es nicht. Sie muß sich an die geistig weniger entwickelte, oft kampfe Waise wenden, ihre Erziehungsarbeit ist eine immens größere. Und dann: die Arbeiterbewegung hat als neue Ständebewegung größere Schwierigkeiten zu überwinden, während die gleichartigen Bestrebungen anderer Stände zur Selbstverständlichkeit geworden sind.

Die Tatsache, daß die Arbeiterleserschaft nicht überall, und da und dort, in sehr unvollkommener Weise Verständnis für ihre Bestrebungen in der Tagespresse findet, kann zu einer Quelle fortwährender Reibungen zwischen dieser und der Arbeiterleserschaft werden. Ist es denn so schwer, einen Ausgleich zu finden? Mit nichten! Nur müssen sich beide Teile klar darüber sein, was sie einander haben und voneinander verlangen können.

Die Schwierigkeiten, die sich der Tagespresse in ihrer, die Arbeiterbewegung unterstützenden Arbeit in den Weg stellen, liegen klar zu Tage. Ihre Leserschaft ist buntgenüßig. Die verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Interessen — und das ist der Punkt, wo jeder mehr oder weniger sterblich ist — liegen vor. Das Tagesblatt muß, wenn es auch nicht jeden Tag alle voll befriedigen kann, doch versuchen, diesen oder jenen Teil der Leserschaft anderwärts zu verlegen. (Hier vertreten wir den Standpunkt, und wir wissen uns darin auch einmütig mit der Redaktion der „W. Arb. Zeit.“, daß die „Stellungnahme“ einer Tageszeitung stets so sein muß, daß sie überhaupt nicht verlegt. Es wird sich hier wohl um eine weniger glückliche Wortprägung des Verfassers handeln. Redakt. d. „Textilarb. Zeitung.“) Der journalistische und handwerkliche nicht das Blatt nicht einseitig für Gewerkschaften engagiert haben, denn Detailarbeit im Kaufmannsgewerbe steigt die Halle ins Blut, wenn er Konsumvereine befürwortet sieht, u. f. f. Sie verlangen Unparteilichkeit oder —! und nicht immer erweisen sich die politischen Ideale als stark genug, Seitensprünge zu verhindern. Verlag und Redaktion sehen indes auf die Abonnentenzahl. Sie müssen, die Konkurrenz sieht ihrem Unternehmen im Nacken. Steigt die Abonnentenzahl, dann steigen die Inseratenanträge. Und die machen das Geschäft — eine Zeitung ist bekanntlich nicht nur ein ideales Unternehmen. Aber die Sucht, oder Notwendigkeit, wie man will, möglichst viel Inseratenanträge zu erhalten, zwingt wieder zu neuer Rücksichtnahme auf die Interessen der Leserschaft. Die Wünsche nach nur bis zu einem gewissen Grad mit gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bestrebungen, Lebensgefühl u. f. f. „befähigt“ zu werden. Hier liegen die Schwierigkeiten, die eine „wohlwollende Redaktion“ zu umschiffen hat. Wir kennen sie und stehen doch dafür ein, daß, auch in mittleren und Kleinstädten, mehr wie bislang für die Arbeiterbewegung in der Tagespresse geschehen könnte.

Es kommt nicht darauf an, daß ein Tagesblatt in Arbeiterpolitik sans phrase (Nur-Arbeiterpolitik) macht. Dazu ist ja die Arbeiterpresse da. Verbandsorgane der konfessionellen Arbeitervereine, da und dort, wo die Umstände es erlauben, ein Tagesorgan und die Gewerkschaftspresse. Worauf es ankommt ist, daß gewisse soziale Grundanschauungen in der Tagespresse andauernd zum Ausdruck gelangen. Die Notwendigkeit des Schutzes der wirtschaftlich Schwachen in Gemeinde- und Staatspolitik kann man die eine nennen, grundsätzliche Anerkennung (der Verechtigung) der Arbeiterbewegung, eine andere. Das Koalitionsrecht fordern und verteidigen soll keine besondere „soziale Leistung“ sondern Selbstverständlichkeit sein. Bei dringlichen Lohnbewegungen muß der Arbeiterleserschaft Gelegenheit gegeben werden, ihren Standpunkt ausführlich darzulegen und zu begründen. Eine eigene Stellungnahme der Zeitung zu Arbeitsdifferenzen ist nicht einmal immer wünschenswert. Den verantwortlichen Gewerkschaftsleitern kann eine Nebenregierung durch die Tagespresse sehr unangenehm werden. Manchmal „freien“ Gewerkschaftsführer hat die sozialdemokratische Tagespresse schon böse Suppen eingebracht. Der Widerspruch einer Anerkennung der Arbeiterbewegung im Textteil eines Blattes und der Aufnahme von sog. „Streikfreierannoncen“ im Annoncenteil ist ebenfalls in die Augen springend. Ihre Aufnahme hat unter allen Umständen zu unterbleiben.

Wenn die Tagespresse auch nicht alltäglich offen propagandistisch für die Arbeiterbewegung wirken kann, wir meinen in der Form, wie wir es in der Arbeiterpresse tun, so hat sie doch tausendfach Gelegenheit, soziale Einsicht zu vermitteln und Verständnis für die Arbeiterbewegung zu wecken. Alles kommt auf die Redaktionsführung an. Hat diese Kenntnis der sozialen Bewegung, fühlt der Redakteur selbst die Zusammenhänge der Arbeiterbewegung mit dem öffentlichen Leben, ja mit unserem ganzen Kulturleben, so wird er hundertfach Gelegenheit und auch die Form finden, ohne Schaden für das Blatt, aber zum großen geistigen Nutzen für die gesamte Leserschaft, für die Arbeiterleserschaft zu wirken.

Das Streikrecht in Frankreich.

Auf dem Gebiete der Lohlosen, unüberlegten Streiks in Frankreich das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Das lebhafteste, heißblütigste französische Temperament durchdringt den Arbeiterorganisations eine Luste, ruhig abzuwagende Streikpolitik. Deshalb wird in Frankreich auch die Idee des Generalstreiks so lebhaft propagiert, trotz aller bisher mißlungenen Versuche. Kürzlich letzten die Elektricitätsarbeiter in Paris die ganze Stadt mehrere Tage ins Dunkel. Nach zwei Tagen war allerdings die Sache zu Ende, aber die Folge ist: drakonische Maßregeln des Magistrats, um künftige solche Futilität zu verhindern. Gegenwärtig wollen die Bäckergesellen in ganz Frankreich die Straßprobe machen durch einen Generalstreik. Er ist aber allem Anschein nach schon bei Beginn so gut wie verloren, weil nicht nur die Bäckermeister, sondern auch das Publikum sich auf den „Hungertreik“ vorbereiten. Die wohlhabenden Leute werden ihn gar nicht übersehen, am meisten gerufen wird unsere Volkstümlichkeit, welche Tag um Tag ihr Brot kaufen muß. Im übrigen sollen die Fortbewegungen der Bäckerei durch den Streik nicht sein.

Der Streik der Elektricitätsarbeiter hat aber eine andere Frage wieder in Fluß gebracht, nämlich die Frage des Streikrechts der öffentlichen Beamten. Schon seit Jahren regt es unter den Postbeamten und den Lehrern, besonders die Lehrer geraten in ihren Vereinen immer mehr auf revolutionäre Bahnen. Das ist im allgemeinen nicht verwunderlich, denn infolge des Kulturkampfes hat die Regierung am liebsten durchweg glaubenslose, christentumsfeindliche Lehrer angestellt.

Die Rechtslage ist folgende: das Vereinigungsrecht ist durch ein Gesetz vom Jahre 1901 geregelt, das Koalitionsrecht durch ein Gewerkschaftsgesetz vom Jahre 1884. Letzteres Gesetz gibt alle Garantien der Koalitionsfreiheit in der Wahrung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen, gewährt also insbesondere das Recht des Ausstandes. Bei den Arbeitern der Staatsmanufakturen (Tabak- und Zündhölzchen) und bei den Arsenalarbeitern hat man dieses Recht nie angewendet. Auch die Vereinigungen städtischer Bediensteter, des niederen Personals im Post- und Telegraphenwesen usw. genießen bisher das stillschweigend geduldeten Privileg des Gesetzes von 1884. Erst als diese Vereinigungen einen ernstlicheren Gebrauch von dem Privileg machen wollten, begann man, es ihnen zu verweigern. Bei den Lehrern ist die Bewegung noch nicht so weit gediehen, daß direkt auf einen Streik hingearbeitet wird. Jedoch wollen sie sich durchaus an den großen Gewerkschaftsbund der Arbeiter (Confédération Générale du Travail) angeschlossen, der in den letzten Jahren der Mittelpunkt einer stark revolutionären Propaganda geworden ist. In Lyon und in Paris beschloßen die lokalen Lehrervereine in die Arbeitshöfen einzutreten, was die Regierung jedoch unterliegt hat. Da nach der bestehenden Rechtslage Zweifel entstehen können, wird ein Verwaltungsstreitverfahren die Frage klar entscheiden müssen, wenn nicht das Parlament durch ein neues unabweisbares Gesetz zurecht kommt.

Die Regierung hat nun einen Gesetzentwurf eingereicht, der diese Verhältnisse regeln soll. Dieser Entwurf macht einen Unterschied zwischen den Beamten, welche die Autorität des Staates repräsentieren und direkt öffentliche Dienstleistungen vollziehen, und den Arbeitern, die in den Staatsindustrien beschäftigt sind. Er schließt die letzteren aus und regelt bloß die Verhältnisse der ersteren. Diesen wird nur gestattet, auf Grund des allgemeinen Vereinsgesetzes von 1901 Vereinigungen zu bilden. Sie dürfen ferner sich nur unter sich zusammenschließen, also nicht in Verbände anderer Art eintreten. Doch wird den Vereinigungen die Befugnis eingeräumt, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Man verleiht ihnen beschwerte Beschwerde- und Gerichtsbarkeit. Zur direkten Vertretung ihrer Interessen ist es ihnen gestattet, ihre Wünsche den Verwaltungen zu unterbreiten. Dagegen wird das Recht zum Ausstand rundweg verweigert. Die Vorbereitung zu gemeinschaftlicher Arbeitsniederlegung ist schon strafbar. Die Dienstverweigerung kann mit sofortiger Entlassung geahndet werden, die Verberzung eines Ausstandes mit Gefängnis bis zu sechs Monaten.

Nach Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ findet dieser Gesetzentwurf in den interessierten Kreisen erheblichen Widerstand. Auf ihrem Kongress in Nantes protestierten die Lehrer dagegen, da er ihnen die Privilegien des Gewerkschaftsgesetzes nehme. In Paris hatte sich ein besonderer „Ausdruck zur Verteidigung des Koalitionsrechtes der öffentlichen Bediensteten“ gebildet. In einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten, der auch als Plakat überall angehängt wurde, verurteilte dieser Ausbruch den Gesetzentwurf der Regierung ebenfalls in den schärfsten Ausdrücken. In dem Ausschluß sind vertreten: die Verbände der Schularbeiter, der Arbeiter und Angestellten der Tabak- und Zündhölzchenmanufakturen, der Verband der Lehrervereine, der niederen Postbediensteten, der Arbeiter der Posten und Telegraphen, der Briefträger, des niederen Personals in den Ministerien, der Postverwaltung, der Gefängnisse, der Gefängnisse usw. Dieser offene Brief hat die Regierung veranlaßt, im Ministerialrat die Anwendung energischer Maßregeln zu beschließen. Wie schon in ihrem Gesetzentwurf unterzeichnet die Regierung zwischen den Arbeitern der Staatsmanufaktur und den Angestellten des öffentlichen Dienstes. Die Tabak- und Zündhölzchenarbeiter bleiben also wie bisher ungehindert. Dagegen sollen die Minister des Innern, des Unterrichts, der öffentlichen Arbeiten (Post- und Telegraphen) in ihren Ressorts sehr streng vorgehen. Zunächst sollen die Verbände der Bediensteten, welche den oben erwähnten offenen Brief unterzeichnet haben, befragt werden, ob sie die volle Verantwortung für den Inhalt übernehmen. Je nach den Antworten wird dann gegen die betreffenden Personlichkeiten disziplinarisch vorgegangen werden.

Frankreich ist bekanntlich Republik und hat eine Parteipolitik. Die Republik ist die mit liberalen Elementen gekennzeichnete Kulturkampf macht. Die französischen Sozialisten sind heftige Kulturkämpfer, natürlich im Namen der Freiheit. Die Regierung benutzt sie als ihre willfährigen Werkzeuge. Man darf gespannt sein, wie die Regierung diesen neuen Konflikt löst. Im Interesse der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit des öffentlichen Verkehrs wird die Regierung den Beamten das Streikrecht nicht lassen können. Es fragt sich nur, ob sie eine Weisheit in der Kammer für ihr Gesetz bekommt.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen.

(Veripäet.) In Nr. 17 vom 17. Mai der „Textilarbeiter-Zeitung“ berichteten wir über die wegen Lohnhöfungen seitens unserer Verbandsmitglieder bei der Firma Hüning in Borken erfolgte Kündigung. Zum Streik ist es nicht gekommen. Während der Kündigungszeit fanden unter Mitwirkung des Herrn Gewerbeinspektors Müller aus Bocholt Verhandlungen zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuß statt, die zu einer Verständigung führten. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 5-20% (durchschnittlich 10%), Vergütung für Warten auf Material. Die jetzige Abmachung soll auch tariflich auf ein Jahr festgelegt werden. Die Verbandsmitglieder, nur solche kommen in Betracht, waren mit dem Erreichten zufrieden und zogen ihre Kündigung zurück.

Dahlhausen a. d. Wupper.

Eine treffliche Widerlegung des bekannten landläufigen Ausdrucks, „Bei uns wird ja so nicht gezeilt, weshalb sollen wir uns organisieren.“ erjahnen vor kurzem die Weber der Firma Johann Wülfing u. Sohn in Dahlhausen. Nachdem die Leitung der Fabrik einer jüngeren Kraft übertragen worden war, war es sicher voraus zu sehen, daß dieselbe, wie es so ziemlich überall geschieht, Neuerungen nach eigener Methode einführen werde, denn „neue Weisen lehren gut“. Das Erwartete trat denn

auch bald ein. Es wurde von dem betreffenden Leiter verlangt, die Weber sollten einen Artikel, der bisher nur auf Stühlen mit geringer Lohnenzahl gemacht wurde, auf bedeutend schneller laufenden Stühlen herstellen, was aber bei der mangelhaften Qualität der Ware gar nicht möglich war. Mithin wurde diesem Ansinnen von Seiten der Weber energischer Widerstand entgegengesetzt und auf der andern Seite wurde schon, wenn nicht Folge geleistet würde, mit Kündigungsdrohungen.

Es sollen an dieser Stelle nicht alle Einzelheiten dieses, man möchte sagen, kleinen Kampfes, hervorgehoben werden, vielmehr sollte es ein Hinweis sein, wie unzulässig obiger Ausdruck ist und wie töricht die Arbeiter sind, wenn sie sich vor derartigen Fällen nicht zu schützen suchen. Dieses kann aber nur geschehen, wenn sie sich der Organisation anschließen. Daß dieses die Weber begriffen hatten, konnte man an dem guten Besuch der öffentlichen Versammlung am 12. Mai in Dahlhausen sehen, welche vom christlichen Textilarbeiterverband abgehalten und auch von Kollegen des „deutschen“ Verbandes besucht war.

Ein besseres Thema als „Kämpfe und Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung“ hätte Kollege Hamacher nicht wählen können. Daß die Ausführungen angebracht waren, bewies die andauernde Aufmerksamkeit sämtlicher Anwesenden. Dasselbe Interesse wurde auch allen Diskussionsrednern entgegengebracht. Zwischen dem Vertreter des „deutschen“ Verbandes, Fürges-Barmen und Kollegen Hamacher kam es zu einigen Auseinandersetzungen. Eine ganze Reihe von Kollegen traten dem christlichen Textilarbeiterverband bei. Darauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf unsern Verband geschlossen. Wir hoffen, daß auch diese neuen Mitglieder treue und echte Gewerkschaftler werden und bleiben. Darum, Kollegen, agitiert für den Verband! Hoch die Fahne der christlichen Gewerkschaft!

NB. Sollte keine besondere Nachricht bekannt gemacht werden, dann findet die nächste Mitglieder-Versammlung am ersten Sonntag im Juni, nachm. 2 Uhr bei Gust. Meyer, Dahlhausen, statt.

Zur Sanitwebereibewegung in Krefeld.

Die Sanitweberei erfreut sich in den letzten Jahren einer guten Konjunktur. Die Sanitweberei haben vor diesen guten Jahren eine Zeit erlebt, die sie nicht wieder wünschen. In den schlechten Jahren, wo die Zahl der Sanitweberei sich bedeutend gemindert hatte und außerdem noch die Arbeitszeit auf einige Stunden pro Tag reduziert war, hat die Arbeiterleserschaft schwer gelitten. Schulden machten, ja Entbehrungen jeder Art waren die Begleiterscheinungen jener Zeit. Aber auch die Organisation hatte gewaltig gelitten. Als nun die gute Konjunktur einsetzte, fanden die Arbeiter mit ihrer mangelhaften Organisation hilflos da. Jetzt erst erkannte man wieder, wie notwendig dieselbe war. So setzte im vorigen Jahre die Lohnbewegung der Sanitweberei ein. Die Bewegung hat zwar einen teilweisen Erfolg gebracht, jedoch die eigentliche Lohnfrage mußte aus dem Grunde zurückgestellt werden, weil eine große Zahl noch nicht lange genug dem Verbande angehört, ein anderer Teil überhaupt noch nicht organisiert war. So wurde die Bewegung abgebrochen.

Im April dieses Jahres wurde die Lohnbewegung wieder aufgenommen. In einer Ausschussung der Sanitweberei stellte man eine 15prozentige Lohnforderung auf, welche den Fabrikanten unterbreitet wurde. Letztere lehnten diese Forderung unter Berufung auf die enorme Preiserhöhung der Rohprodukte ab.

Eine weitere Ausschussung der Sanitweberei beauftragte die Verbandsvertreter, neue Unterhandlungen anzubahnen. Ein diebezügliches Schreiben wurde dem Fabrikanten überreicht. Daraufhin haben denn auch Verhandlungen zwischen der Lohnkommission der Sanitweberei einerseits und einer Vertretung des Sanit- und Mischfabrikantenverbandes andererseits stattgefunden mit dem Resultat, daß die Fabrikanten versprochen, aufs neue Stellung zu der Lohnforderung zu nehmen. Nachdem letzteres geschehen, fand in derselben Form wie die erste Verhandlung wieder eine solche statt. Herr G. Schöber teilte mit, daß die Fabrikanten folgendes bewilligt hätten: bis 80 Ruten 2 Schuß 3 Prozent, von 80 bis 100 Ruten 5 Prozent, über 100 Ruten 7 Prozent.

Mit diesem Ergebnis war jedoch die Ausschussung der Sanitweberei, welche zur Beratung der Angehörigen einberufen war, nicht zufrieden. Ein Voranschlag der Verbandsvertreter, der dahin ging, nachmalige Verhandlungen unter Hinzuziehung der ersteren nachzugehen, fand einstimmige Annahme. Daraufhin haben die Fabrikanten die bereits zugestandenen Sätze um je 1 Prozent erhöht, welches dem Verbandsvertreter jährlich übermittelt wurde. Letztere versuchten nun durch persönliche Vorstellungen bei den Vorständen des Fabrikantenverbandes noch etwas für die Arbeiter herauszuschlagen, jedoch ohne Erfolg.

Am Donnerstag, den 15. Mai tagte in der Weberunion wiederum eine Ausschussung der Sanitweberei, wo eingehend über die Frage: „nehmen wir das Zugeständnis an oder nicht“, diskutiert wurde. Wir müssen den Ausschüssen das Zeugnis ausstellen, daß sie diese schwerwiegende Frage mit Ruhe und Verbindlichkeit behandelt haben. Eingehend hat man das Für und Wider erörtert und dann folgende Resolution angenommen:

„In der heutigen Ausschussung der Sanitweberei ist man nach reiflicher Erwägung zu dem Beschluß gekommen, daß es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht angängig ist, in einen Streik einzutreten. Die Ausschüsse empfehlen deshalb den Delegierten, sich vor der Hand mit den Zugeständnissen des Fabrikantenverbandes zufrieden zu erklären. Sie sind ferner der Meinung, daß die Organisationen auf der Höhe bleiben, ja sogar noch weiter ausgebaut werden müssen, um, wenn angebracht, weitere Verbesserungen zu erringen oder Verzichtleistungen abzuweisen.“

Am Freitag, den 17. Mai haben nun bei allen Firmen Delegiertenversammlungen stattgefunden, wo mit bedeutender Majorität die Resolution ebenfalls gutgeheißen wurde. Somit kann die Bewegung als abgeschlossen gelten.

Der Erfolg der Arbeiter stellt sich demnach folgendermaßen: Werte bis 80 Ruten 2 Schuß 4 Prozent, von 81 bis 100 Ruten 6 Prozent, über 100 Ruten 8 Prozent Lohnerhöhung. In der letzten Ausschussung rechnete ein Diskussionsredner durchschnittlich den Erfolg auf 1,25 M. pro Woche, welches von anderen Kollegen bestätigt wurde. Es fällt demnach aber noch schwer ins Gewicht: 1. daß das Erreichte ohne Streik errungen wurde, 2. die Zusage, daß die Lohnerhöhung für

das ganze Gebiet Geltung hat. Jeder besonnene Arbeiter wird aus der Bewegung wieder die Lehre ziehen, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation ist, ohne die kein Erfolg möglich ist. Deshalb Kollegen, sorgt unermüdet für die Stärkung des christlichen Textilarbeiterverbandes, zum Nutzen eurer selbst!

Aus dem Verbandsgebiete.

Brake-Wilke. Am 10. Mai hielt unsere Ortsgruppe ihre Versammlung ab, zu der auch Kollege Camps-Münster anwesend war. Nachdem das Protokoll verlesen war, ergriff Kollege Camps das Wort; derselbe referierte über den Punkt: „Anstellung eines Lokalbeamten“. Er äußerte sich unter anderem dahin, daß ein Lokalbeamter hier in der Gegend dringend nötig und auch für die Mitglieder von großer Wichtigkeit sei; um dieses möglich zu machen, sei es notwendig, daß die Mitglieder einen monatlichen Lokalbeitrag entrichteten. In der Diskussion erklärten mehrere Kollegen sich vollständig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Durch geheime Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, den Lokalbeitrag von monatlich 10 Pfg. zu setzen und zwar mit dem Hochbeitrag alle 14 Tage 5 Pfg. Dann kamen wir zur Wahl eines Agitationskomitees. Es wurden die Kollegen Schlichter und Helleman gewählt. In seinem Schlußwort berichtete Kollege Camps noch über den Zustand in Bielefeld. Als dann der Vorsitzende noch eine kleine Ansprache gehalten und die Mitglieder auf das Lesen des Hochorgans noch einmal hingewiesen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Dülmen. Unsere Monatsversammlung am 5. Mai wurde infolge Krankheit des ersten vom zweiten Vorsitzenden eröffnet. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, erstattete der Kassierer den Kassienbericht vom ersten Quartal 1907. Da die Revisoren erlärten, Kasse und Bücher in Ordnung gehalten zu haben, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Darauf hielt Kollege Werder eine Rede über die Bedeutung der Lohnbewegung bei der Firma Ketteler. Er bemerkte, daß weitere Erfolge der Bewegung nicht ausgeschlossen seien. So hätten auch die Arbeiter der Firmen Beefer und Wendig eine fünfprozentige Lohnvermehrung erhalten. Bedauernd sei es für die Unorganisierten, sich immer von ihren organisierten Kollegen die Kostanten aus dem Feuer holen zu lassen. Weiter gebe es noch sehr viel solcher trauriger Menschen, die wohl ernten wollten, an's faen aber nicht dächten. Jeder rednernde Mensch müsse sich sagen, daß, wenn er es eifrig mit seinem Arbeitskollegen meins, er Mitglied eines Verbandes sein müsse.

NB. Wir möchten die Kollegen darauf aufmerksam machen, bei Krankheit dem Kassierer den Krankenschein vorzulegen, damit bei der Auszahlung des Unterstützungsgeldes keine Unannehmlichkeiten entstehen.

Elfenfels. Nachdem unsere Ortsgruppe gegründet, erging an sämtliche Kollegen und Kolleginnen eine Einladung zu der Versammlung am 6. Mai. Der provisorische Vorsitzende, Kollege Michael Schlegel, begrüßte die fast vollständig Erschienenen und erteilte Mahnungen und Winke für die zu tätige Vorstandswahl. Nur solche Kollegen dürften mit einem Vorstandsamt betraut werden, die sich ihrer Aufgaben voll und ganz bewußt wären. Die Wahl ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender Michael Schlegel jun., Stellvertreter Karl Mahler, Kassierer Gerhard Rögner, Stellvertreter Christ. Nidetzky, Schriftführer Christoph Bauernfeind, Stellvertreter Johann Klier. Die nun folgende Diskussion war sehr lebhaft und ging aus den Ausführungen der Diskussionsredner hervor, daß sie dem Vorstand treu zur Seite stehen wollen. Als Veranlassungslöcher wurden (abwechsend) bestimmt: das katholische Vereinshaus, Arberg und Edliche Wirtschaft Klauen. Rüge die junge Ortsgruppe einer glücklichen Zukunft entgegen.

Epe (Westf.). Es ist eine unangenehme Sache für einen Bezugsnehmer, wenn er jedesmal seinen Bericht beginnen muß mit dem Sage: die Versammlung war nur mäßig besucht. Aber trotzdem müssen auch wir dieses wieder von unserer letzten Versammlung bekennen. Trotz Stempelruß am Kopfe der Zeitung war etwa der vierte Teil anwesend. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde vom Kassierer der Kassienbericht erstattet. Nachdem die Revisoren erlärten hatten, Kasse, Bücher nebst Belege in bester Ordnung befunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als nächster Punkt wurde von einem Kartellbelegierten Bericht über die Tätigkeit des Bezirkskartells erstattet. Sehr beifällig wurden die Anträge des Vorstandes, Einrichtung eines Fragezettels und Anschaffung einer Bibliothek angenommen, und zwar sollen nur soziale Werke angeschafft werden. Es wurden die hierzu nötigen Geldmittel bewilligt, wie auch die Anschaffung der betreffenden Bücher ebenfalls auf diese Weise geschehen soll. Des weiteren wurde beschlossen, für die Folge jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung abzuhalten, notwendige Ausnahmen vorbehalten. Alles in allem nahm unsere Versammlung einen recht anregenden Verlauf. Auch sah man wieder so recht, daß man auch ohne fremde Referenten ganz gut auskommen kann, wenn nur Anregendes geboten wird. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 9. Juni statt. Hoffentlich werden dann aber auch alle Kollegen und Kolleginnen erscheinen.

Güfpen. Am 6. Mai hatten wir mal wieder nach längerer Zeit eine öffentliche Versammlung abgehalten. Zu derselben war eine Referentin erschienen. Als Thema war gewählt: „Das weibliche Geschlecht als Fabrikarbeiterin, Frau und Mutter.“ Mit Geschick und leicht verständlich entlegte die Referentin sich ihrer Aufgabe, und mit Aufmerksamkeit wurde ihr von allen Anwesenden zugehört; leider war die Zahl der letzteren, im Verhältnis zur hiesigen Arbeiterleserschaft, die ja eine Organisation nicht für nötig hält, eine sehr schwache, besonders in Bezug auf das weibliche Geschlecht. Nachdem noch Kollege Geier-Augsburg zur Sache einige Worte gesprochen und zum Ausschreiben und zur intensiven Agitation aufgefordert hatte, wurde die ruhig und schon verlaufene Versammlung mit dem üblichen Hohe geschlossen.

Gronau. Gemeinsam mit den Bauhandwerkern hielt unsere Ortsgruppe am 28. April einen Familienabend ab, der gut besucht war. Nach einer kurzen Eröffnungsrede des Kollegen Heutmann, der wegen Verhinderung des Vorliegenden das Fest leitete, erhielt das Wort Kollege Heitken, Vorsitzender des Bauhandwerker-Verbandes. Derselbe hob die Verdienste des Kaisers für den Arbeiterstand hervor und schloß mit einem dreifachen Hoch auf

Seine Majestät, Kaiser Wilhelm II. Es wurde ein Bericht von Goethe von einem Kollegen und Schillers Lebenslauf mit einem seiner schönsten Gedichte (die Bürgerschaft) von einer Kollegin vorgetragen. Hierauf erhielt Kollege Schreiber das Wort, der den Anwesenden in kurzen Worten die Entstehung der Ortsgruppe, die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, dasjenige, was wir in diesem einen Jahre erreicht haben und was wir noch erreichen müssen, klar legte. Kollege Heutmann legte noch in längeren Ausführungen die Bedeutung und Ziele der christlichen Gewerkschaften klar und wie die Frauen diese unterstützen können. Einige Theaterstücke, gemeinschaftliche Lieder und Musikvortrüge trugen zur gefälligen Unterhaltung bei. Mit einem kräftigen Schlusswort des Leiters, worin derselbe bat, das Gehörte in die Tat umzusetzen und für den Verband zu agitieren und die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen aufzuklären, wurde die schöne Feier mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften geschlossen.

Glauchau (Sachsen). Unsere Ortsgruppe hielt am Sonnabend, den 4. Mai, ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Gehrmann, begrüßte die Mitglieder und besonders die erschienenen Gäste. Darauf erteilte er dem Bezirksvorsitzenden, Kollegen Kümmele, das Wort. Derselbe sprach in zweiwöchiger Rede über die verschiedenen Richtungen auf gewerkschaftlichem Gebiete. Eingehend schilderte er die Entstehung des sozialdemokratischen Gewerkschaften sowie der Gewerkschaften S.-D. Richtung und der christlichen Gewerkschaften und legte die Ziele und die einzelnen Richtungen dar. Auch die „gelben“ Gewerkschaften berührte er kurz. Neben den sozialdemokratischen Gewerkschaften kommt heute den christlichen Gewerkschaften die Hauptbedeutung im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu. Inbezug auf ihre Werkkraft haben die christlichen Gewerkschaften die kirchlich-sonntäglichen Gewerkschaften längst überholt. Deswegen muß es unsere wichtigste Aufgabe sein, die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu stärken, da ihr die Zukunft gehört. In der Diskussion sprach zunächst Herr Schulze über die Bedeutung der Gewerkschaften, die christlich-nationale Arbeiterbewegung, mit ganzem Herzen für die christlichen Gewerkschaften einzutreten. Der gute Geist, welcher der Bewegung zu Grunde liegt, möge zum Wohle des Vaterlandes und der Bewohner von Glauchau werden. Herr Fabrikant Voigt hob hervor, wie auch die Arbeiter mit beigetragen hätten zu Deutschlands Größe. Der Referent gab noch bereitwillig Auskunft auf einige Fragen. Nach einigen geschäftlichen Punkten wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Kollnau i. Baden. Um die Arbeiterkraft des Erstaates, besonders aber der Textilarbeiter aufzurichten und sie von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen und der christlichen Organisation zuzuführen, hielten wir am Sonntag, den 5. Mai eine öffentliche Versammlung ab. Als Referenten hatten wir unsern Kollegen Hausenbauer aus Freiburg berufen. In klarer überzeugender Weise führte uns Redner vor Augen, daß es ohne Organisation in der heutigen Zeit nicht mehr geht, dabei betonend, daß für einen christlichen Arbeiter, gleichviel welcher Konfession er angehört, nur die christliche Organisation in Betracht kommen. Die sich daran anschließende Diskussion war äußerst lebhaft. Ein anwesender Arbeiter glaubte seinen Mut fähig zu können, indem er kräftig über die christliche Organisation sprach, dabei aber die Dreifachheit hatte, direkt Unwahres über unsere Ortsgruppe beziehungsweise deren Führerschaft auszusagen. Von den folgenden Diskussionrednern wurde ihm aber unter anderem Beifall der ganzen Versammlung klar gemacht, daß es besser für ihn gewesen wäre, wenn er mehr bei der Wahrheit geblieben wäre. Bemerkenswert ist noch, daß der betreffende Arbeiter gar nicht organisiert ist und doch immer über die „Christlichen“ lästert und mit ganzer Kraft versucht, uns Mitglieder aus dem Verbande zu reißen. In dieser Versammlung wurde denn auch sein schönes Treiben gebührend gegeißelt. Besonders im Schlußworte des Referenten kam genannter Arbeiter schlecht weg, daß es ihm wohl nicht sobald wieder in den Kopf kommt, mit den „Christlichen“ anzuhängen. Unsere Kollnauer Kollegen müssen aber wahre Männer sein, daß sie sich von unorganisierten Arbeitern Vorwürfen machen lassen. Mit solchen Reizen bekämpft man doch nicht. Solchen Stänkern weiß man einfach die Tür. D. R.) Unsere Mitglieder aber fordern wir auf, unbekümmert um solche Beschäftigungen unentwegt weiter zu agitieren, damit auch in unsern industriereichen Gegenden die Organisationsnotwendigkeit mehr und mehr erkannt werde und wir auch in die Lage kommen, an der Besserstellung der Arbeiter kräftig mitzuhelfen zu können.

Kaiserslautern. Das christliche Gewerkschafts-Lokal Kaiserslautern, sowie die Agitationskommission des Verbandesbezirks Pfalz unseres Verbandes, hatten für mehrere Versammlungen als Redner den evangelischen Arbeiterleiter Kollegen Hoffmann aus Erlen genommen. In größeren Textilarbeiter-Versammlungen, welche am 13. und 14. Mai in Erlenbach und Grumbach stattfanden, behandelte Redner sehr eingehend das Thema: „Die Stellung der evangelischen Arbeiter zur Gewerkschaftsfrage.“ Der hübsche Beifall, den der Redner in beiden Versammlungen erzielte, beweist, daß seine Darlegungen bei allen Versammlungsbesuchern lebhaften Anklang gefunden.

Die von christlichen Gewerkschafts-Lokal Kaiserslautern am 15. Mai abendige Versammlung war leider weniger gut besucht. Man hätte, um Rücksicht auf das hier angelegte Thema: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung.“ doch erwarten können, daß wenigstens unsere christlichen Gewerkschaftler sich eingefunden hätten. Auch hier entließ sich Kollege Hoffmann in 1/2-stündigen Vortrag seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Erscheinenden. In der sehr anregenden Diskussion forderte unser andern Arbeiterleiter, Kollege Gable, die christlich organisierten Arbeiter auf, in der Agitationsarbeit unermüdet tätig zu sein, denn der letztere verdankt zum größten Teile unsere Segner ihre Tätigkeit. Erst in vorgemerkter Stunde wurde die Versammlung, die ohne Zweifel einen fruchtbringenden Verlauf genommen, durch Gewerkschafts-Lokal Kaiserslautern mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Vogelbach. Voriges Jahr traten die zum großen Teil unsern Verbande angehörenden Arbeiter der Firma Hausmann in Vogelbach ohne Beschuldigung des „Antiarbeiterverbandes“ und unter Kontrahierung in Stre... Es geschah dies ohne Wissen und Willen der

christlichen Führer. Die Arbeiter waren auch vorher wiederholt auf die Folgen eines „Antiarbeiter-Verbandes“ und die schädlichen Vorgehens aufmerksam gemacht worden. Es wurde denselben darum mit Recht die Unterstützung verweigert. Sozialdemokratischerseits wurde damals diese Angelegenheit in wüster Weise gegen die christlichen Gewerkschaften ausgebläht. Das Geschrei über den christlichen „Arbeiterverrat“ wollte nicht verflümmen.

Demgegenüber verglich man nun das Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes in Göppingen (Württemberg). Dort standen die zum größten Teil in letztgenanntem Verbands organisierten Arbeiter in einer Lohnbewegung. Die Arbeitgeber machten einige ganz minimale Zugeständnisse. Diese wurden indes unter Mitwirkung des sozialdemokratischen Gewerkschafters abgelehnt und die Einreichung der Kündigung beschloffen. Am Freitag, den 3. Mai sollte der Streik perfekt werden. Da erschien der Zentralvorsitzende des sozialdemokratischen Verbandes in Begleitung des Gewerkschafters und erklärte: Der Streik wird nicht genehmigt und die Unterstützung verweigert. Tableau! Die beiden Führer wurden daraufhin von der Arbeiterkraft derart injuliert, daß sie vom Wirt in einem Zimmer eingeschlossen werden mußten. Die dortige Ortsgruppe des sozialdemokratischen Verbandes ist zeriprenzt. Das Vertrauen zur Organisation geschwunden.

Man mag über das Verhalten der Arbeiter denken wie man will, das eine steht fest: die sozialdemokratischen Agitatoren verdienen von Zeit zu Zeit eine derartige Aktion. Sie ernten jetzt, was sie gesät haben. In Vogelbach haben die „Genossen“ das Feuer noch tüchtig geschürt, wohnungen in Göppingen das korrekte Verhalten der christlichen Führer selbst von den sozialdemokratischen Verbandsvertretern anerkannt werden mußte.

Neumünster. Am 8. Mai hatten wir die Freude, auch mal wieder unsern Bezirksvorsitzenden in unserer Mitte zu sehen. Es war bedauerlich, daß nicht alle unsere Mitglieder in der Versammlung anwesend waren, umso mehr, als das Referat zu manche Aufklärung gab. Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert wurde vom Referenten in leichtverständlicher Weise vorgezogen. Für die allermeisten von uns ganz neue Gesichtspunkte und Beweise für die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenschlusses. Trotz der Fortschritte auf allen Gebieten sei die Zahl der abhängigen Lohnarbeiter stets gestiegen und deren wirtschaftlichen Verhältnisse schlechter geworden. Es sei zwar nicht zu verkennen, daß in den letzten Jahren sich manches gebessert habe, aber vieles müsse noch anders werden. Hierzu sei aber die tätige Mitarbeit aller ohne Ausnahme notwendig, d. h. Stärkung und Ausbreitung der Organisation. Für uns Ausbau des christlichen Textilarbeiterverbandes. In der Diskussion wurde noch manche Frage vom Referenten beantwortet. Im Schlußworte dankte der Vorsitzende dem Referenten für den lehrreichen Vortrag und wünschte, der Bezirksvorsitzende möge öfter kommen. Dieses wurde zugesagt. Hoffentlich werden bis dahin unsere Mitglieder die Anregungen in die Tat umgesetzt haben.

Oßberghausen. Eine ziemlich gut besuchte Versammlung hielten wir am 12. Mai ab. Als Referenten waren Kollege Becker-Köln vom Bauhandwerkerverband und Kollege Wankel-Barmen von unserm Verbande erschienen. Beide Referenten entledigten sich ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise und erzielten hübschen Beifall. Darauf erhielt das Wort unser Kassierer, Kollege Mohr, zur Erstattung des Kassenerichts. Die Revisionen hatten alles in bester Ordnung befunden und wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Nach Aufnahme mehrerer Kollegen in den Verband wurde die schöne und anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Ochtrup. Seit einiger Zeit begannen sich auch in unserm Orte die Textilarbeiter um die Gewerkschaft zu kümmern. Eine Anzahl Kollegen hat sich schon dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands angeschlossen. Derselbe hielt am Sonntag, den 12. Mai, im Saale des Herrn Laim eine Versammlung ab, in der Kollege Lenjing-Boscholt einen Vortrag hielt über Zweck und Ziele der Organisation. Es wurde noch bekannt gegeben, daß am 9. Juni eine große öffentliche Versammlung stattfinden soll, und werden die Kollegen gebeten, für zahlreiches Besuch derselben zu agitieren.

Happoldswiller. Trotz gegenteiliger Behauptung der Gegner blüht unsere Ortsgruppe schon empor. Daran vermögen auch die in letzter Zeit gegen uns ausgeführten Verleumdungen nichts zu ändern. Kräftig forderten die „Freien“ in einem Barocke die Abschaffung der halbstaatlichen Lieberzeugungs- und eine fünfprozentige Lohnzulage. Letztere wurde nicht bewilligt. Uns hatte man von dem geplanten Vorhaben kein Wort gesagt. Im Gegenteil, man freute sich das Gerücht aus, wie hätten in einer Eingabe die Verhältnisse der längeren Arbeitszeit und der jetzigen Lohnzulage gewinnend. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Der Zweck dieser niederträchtigen Verleumdungen ist leicht zu erraten. Man möchte die christlich organisierten Arbeiter für die gegnerische Organisation halten. Unsere Mitglieder sind aber klug genug, die unheimlichen Nachreden der Gegner zu durchschauen. Sie werden nur mit uns so gehäresen Opfer den Ausbau der eigenen Organisation betreiben. — Ueberhaupt sind unter den hiesigen „frei“-organisierten Arbeiter keine Kräfte. Sie wollen wohl gut christlich gepredigt sein und beteiligen sich auch an allen religiösen Veranstaltungen. Einige sind wohl Mitglieder des „Frei“-Gewerkschaftsvereins. Wie diese Arbeiter ihre christliche Gesinnung mit ihrer Mitgliedschaft in den religiösen „freien“ Gewerkschaften vereinbaren können, ist uns ein Rätsel. Sie treten doch damit ihre eigene religiöse Ueberzeugung mit Füßen. Nach dem Organ des „freien“ Textilarbeiterverbandes hat sich der Reichs- und den Einzelgewerkschaften, aus der näheren Verwandtschaft der „Freien“ herausgeholt (Nr. 15, 1904). Zu seinem letzten Sonderheft (Nr. 51, 1906) bemerkt der „Textilarbeiter“: „Die wackere Menschheit glaubt nicht mehr an Wunder, nicht an die unbesiegbare Unsterblichkeit, nicht an die Sage von der Menschwerdung Gottes.“ Auch nachher wird die christliche Lehre von der Menschwerdung Gottes niemals als Sage, entworfen den Religionen der höchsten heidnischen Völker bezichtigt. Wir können noch mehrere derartige Beispiele anführen, wo die Lehren des Christentums geleugnet und verhöhnt werden. Die „freien“ Gewerkschaften sind ein Mittel der religiösen und menschlichen Sozialdemokratie. Sozialdemokratie und Christentum aber stehen sich nach Bedarf gegenüber wie Feuer und Wasser. Die „freien“ Gewerkschaften haben gelegentlich der letzten Reichstagswahl über 80000 Mk. an Gewerkschaftsgeldern der sozialdemokratischen Partei zu Verfügung gestellt. Auch die Parteipresse ist oft mit „freien“ Gewerkschaftsgeldern unterfüttert worden. Das alles scheint die betreffenden Arbeiter nicht zu hindern, trotz ihrer angeblich christlichen Gesinnung Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation zu bleiben. Eine derartige Handlungsweise zeigt entweder von mangelhaftem Verständnis der eigentlichen Bestrebungen der „freien“ Gewerkschaften, oder aber von Charakterlosigkeit oder Heuchelei.

Stadthaus. Bismarck gut besucht war unsere öffentliche Versammlung vom 12. Mai, wozu der Kollege Köhling-Düsseldorf als Referent erschienen war. Nach kurzer Schilderung der Entstehung der Arbeiterfrage und Notwendigkeit der Gewerkschaften behandelte er die Aufgaben derselben. Im zweiten Teile seines Referates ging er auf die prinzipielle Seite der christlichen Gewerkschaften ein. Auch von recht praktischen Gründen ständen die christlichen Gewerkschaften nicht auf dem Boden des Klassenkampfes und des Materialismus, sondern ihnen sei das christliche Sittengesetz feste Norm in allen ihren Bestrebungen. Redner schloß mit dem Appell, sich den interkonfessionellen und parteipolitisch neutralen christlichen Gewerkschaften anzuschließen und ihnen treu zu bleiben. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zuteil. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, schloß der Vorsitzende mit einigen Dankworten die Versammlung.

NB. Zu der am 26. Mai stattfindenden öffentlichen Arbeiterinnenversammlung haben die Kollegen Leinen Zutritt, doch sind deren erwachsene weibliche Familienangehörige freundlich eingeladen. Auch können Frauen und Mädchen aus anderen Ständen mitgebracht werden. Die Versammlung ist gleich nach dem Nachmittagsgottesdienste im katholischen Arbeitervereinshaus. Kolleginnen!orget für einen guten Besuch eurer Versammlung.

Süßfeld. Unsere am 9. Mai abgehaltene öffentliche Versammlung, welche im neubauten Saale des Herrn Schmitz stattfand, war gut besucht. Der Vorsitzende Karl Hüpper hieß die Erschienenen willkommen und erteilte das Wort dem Kollegen Marquardt aus St. Lönis. Redner verbreitete sich in 1/2-stündigem Vortrage über Entstehung, Notwendigkeit und Nutzen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Zum Schluß seiner interessanten Ausführungen rief er den Anwesenden zu: „Seid treu und feid Gewerkschaftler, übt Opfermut, Solidarität und Mannesmut, jeder an seiner Stelle.“ Zur Diskussion meldete sich der Vorsitzende der anarchosozialistischen Vereinigung, Strafen, sowie der Filialleiter der „Freien“, Pap. Der erstere redete dem Radikalismus das Wort, bedauerte die Fahmheit der Zentralverbände und stellte die Behauptung auf, nur durch Radikalismus und Klassenkampf gelange man zum Ziel. Der zweite Diskussionsredner sprach über den Kongreß in Zürich, behauptete, die englischen Gewerkschaften seien christlich und propagierte trotzdem den Klassenkampf. Weil die christlichen Gewerkschaften in Deutschland dieses nicht täten, wäre der Bezirksvorsitzende Reich in Zürich nicht zugelassen worden. Die beiden Redner wurden vom Bezirksvorsitzenden gründlich abgelehnt; er bewies ihnen, daß sie die Gewerkschaftsfrage weder gründlich studiert noch erfaßt hätten, daß beide „freie“ Richtungen ein sind mit der Sozialdemokratie und einem Endziel nachjagen, welches nicht zu vertrittlichen sei. Als er ferner erklärte, daß er in Zürich zum internationalen Kongreß nicht gewesen sei, hieß Pap trotzdem bei seiner Behauptung und nannte die gegenteiligen Ausführungen Lüge. Wo wenn Pap solches behauptet, ist es wahr, auch wenn der Bezirksvorsitzende Zürich noch nicht gesehen hat. Nach der Diskussion erhielt Frau Köhling-Düsseldorf das Wort. Rednerin verstand es ausgezeichnet, die anwesenden Arbeiterinnen für die Organisation zu begeistern. Reicher Beifall wurde ihr zuteil. Darauf schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

„Koalitionsfreiheit“ im Münsterlande!
Daß man in manchen Orten noch nicht so weit ist, Arbeitgeber und Behörde als Freunde der christlichen Arbeiterbewegung begrüßen zu können, ist wohl nicht so sehr verwunderlich. Wenn sich aber Unternehmer und Behörde verbunden, um einer echt nationalen Bewegung das Aufkommen unendlich zu machen, dann sollte man etwas derartiges kaum für möglich halten. Und trotzdem geschieht es öfters wie einmal. Kollege Schiffer konnte im Reichstags mit allerhand Material dienen. Die Behörden in einigen Orten des nördlichen Münsterlandes haben sich durch allgütige Freundschaft gegenüber den christlichen Gewerkschaften noch niemals bekannt gemacht. Die Tätigkeit der Gronauer Behörde in dieser Beziehung ist noch wohl bekannt. Der scharfe Wind scheint bis zu dem einige Stunden von Gronau entferntenen Industriestandort E (der Name soll aus bestimmten Gründen noch nicht genannt werden) gezogen zu sein. Von den 1 1/2 tausend Textilarbeitern in dem Orte hatten sich vor Wochen mehrere unteren Verbände angeschlossen. Gleich bei der ersten Versammlung kam eine Verfügung des Bürgermeisters, daß der Versammlungssaal nicht mehr wie 200 Personen aufnehmen dürfe. Bei festlichen Anlässen, Konzerten usw. sind die Besucher niemals zugelassen worden. Die Verfügung scheint aber nur ein Signal gewesen zu sein, wie folgender Brief des Saalwärters bezeugt:

Herrn Gewerkschaftssekretär . . . !
Nachdem ich die Sache hinsichtlich überlegt und nachgedacht habe, muß ich Ihnen hierdurch leider mitteilen, daß ich Ihnen meine Räumlichkeiten zur Fortbildung des Textilarbeiterverbandes nicht mehr geben darf, da ich bei Unternehmer und Behörde etwas merken kann, wodurch ich nur Nachteile haben kann. So gerne ich Ihr weiteres Fortkommen sehe, so darf ich, um mich selbst nicht zu ruinieren, das Weilen in meinen Räumlichkeiten nicht mehr gestatten.

Hochachtungsvoll! R. R.
Der Brief besagt in seinen wenigen Worten gewandig viel: „Arbeitgeber und Behörde lassen merken“, und: „wenn ich nicht ruinieren will“, welche hirnverwirrende Ungerechtigkeit liegt darin. Die Behörde scheint sich also nicht davon zu scheuen, einzeln, in diesem Falle eines einzigen liebebe, eine Grenze zu verschieben, weil der Name eine gerechte, gesetzlich anerkannte, von geistlichen und weltlichen Autoritäten beliebige Sache unternimmt und weil diesen einen Arbeitgeber diese Sache ebenfalls unlieb ist. Daran paßt man mit den schroffsten

Gewerkschaftliche u. soziale Kundgebungen.
Bamberg, 26. Mai, Ausflug über die Frießenerwarte nach Frankendorf, Stakendorf zc. Abfahrt bis Strudenbrunn früh 7,20 Uhr.
Borcht. (Arbeitervertreterverein.) 5. Juni, 8 1/2 Uhr bei Franz Jümpf.
Cottbus, 1. Juni, 8 Uhr, bei A. Döring (kleiner Saal, Gochfeld). 24. Mai, 8 1/2 Uhr, im Arbeitervereinshaus Gochfelden. 26. Mai, 4 Uhr, bei Rosen, öffentl. Beil. Derkslag. 26. Mai, 5 Uhr, bei Julius Dorley, öffentliche Arbeiterversammlung.
Delmenhorst, 26. Mai, 7 Uhr, bei H. Kollage.
Emsbeld, 26. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Hertrath, Molybdän. Emsbeld. 26. Mai, 11 1/2 Uhr, bei Wro. Raumann, Vertretersammlerversammlung.
Gautzsch, 26. Mai, 11 Uhr, bei Wro. Peter Müsch, Generalversammlung.
Gießen, 26. Mai, 11 1/2 Uhr, bei Wro. Wittinghoff.
Glauchau, 1. Juni, 9 Uhr, im Meisterhaus.
Hermges-Dahl, 2. Juni, 5 1/2 Uhr, bei Wils. Gottschall.
Hinsbeck, 26. Mai, 6 Uhr, bei Wro. Max Gahnen.
Krefeld, 27. Mai, 1/2 Uhr, in der Reichshalle.
Landesamt i. Schl. 3. Juni, 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Kronprinz“.
Melsau, 26. Mai, 5 Uhr, bei Felix Kamp, öffentl. Beil. Mühlhausen i. E. 27. Mai, 8 1/2 Uhr, in der Eitelkirche.
Mühlhausen i. E. Unsere Versammlungen finden am ersten Samstag eines jeden Monats im „Kronprinzen“, Egelsteinstr. 15, statt. Nächste Versammlung 1. Juni. Mühlhauensbergstr. 6. Juni, 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus Neersen. 26. Mai, 9 Uhr, bei Peter Bürger, Krefeldstr. Neuenkirchen. 26. Mai, 5 Uhr, bei Clemens Kuhn, öffentliche Versammlung.
Neuh. 26. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Hemmerden.
Nordhorn, 26. Mai, 1/2 Uhr, in der Arbeiterhalle.
Ostrei. 26. Mai, 4 Uhr, im „Weissen Hof“, öffentliche Gewerkschaftsversammlung.
Rheylt, 26. Mai, 11 Uhr, bei Alb. Paffen, Oberkirchenerstr. 35, Generalversammlung.
Sommerfeld, 26. Mai, 8 Uhr, bei Erkel, Weichselstr. Seidenort, 25. Mai, 9 Uhr, bei August Weichenau.
Wierzen. 26. Mai, 11 Uhr, bei Reissbach, Generalbeil. Jahresbericht, Rechnungsablage, Kommissionenbeil. Waldbanfer. 9. Juni, 2 Uhr, bei Wro. Lemnar, Arbeiterinnenversammlung.
Wasserberg, 30. Mai, 5 1/2 Uhr, bei Wro. H. Schmitz, Generalversammlung.

Hils. Donnerstag, 30. Mai 1907, abends 7 Uhr, bei Joh. Pils, außerordentliche General-Versammlung des Gewerkschafts-Konjunktions-Vereins „Eintracht“. T. D.: 1) Geschäftsbericht, 2) eventl. Anstellung eines zweiten Verkäufers, 3) Besprechung über Kasse, 4) Entgegennahme von Anträgen. Anträge zu dieser Versammlung müssen bis zum 28. d. Mts. eingereicht sein.
Der Aufführer:
J. A. S. Feutges.

Werden. Außerordentliche Generalversammlung des Konjunktions-Vereins für Werden und Umgebung, e. G. m. b. H. Am Sonntag, den 2. Juni, nach mittags 3 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Wils. Eidelmann in Werden. T. D.: 1) Quartalsbericht, 2) Entgegennahme des Geschäftsberichts, 3) Vortrag über Einführung der Besche-Unterstützung, 4) Vortrag über das Vertrauensmännertum, 5) Beschiedenes. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.
Der Aufführer:
J. A. Ehenbor Krebber.

Adressenänderung.
Den Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppen des Biesener, Rhein-, Wehra- und Murgtales ist bekannt, daß meine Adresse vom 1. Juni ab auf weiteres wie folgt lautet: Erhard Rieker, Maulburg i. B. (Baden).

Ortsgruppe M.-Glabbad.
Donnerstag (Fronleichnamstag), den 30. Mai 1907, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale von W. Wils. in M.-Glabbad, Aufw. 1. eine Konferenz sämtlicher Sektionsvorstände und Vertrauensmänner statt. Hierzu ladet freundlich und dringend ein
J. B. J. Senßen, Geschäftsführer.

Mitteln, die dieselben Leute bei anderen wohl freng verurteilen würden, tausenden von Mitbürgern an der Ausübung eines von Natur und Gesetz gegebenen Rechtes zu hindern. Mit ihrem Gewissen und ihrer Stellung können solche Leute das alles verantworten! Vielleicht hat der Wirt etwas zu schwarz gesehen; aber daß er solche Furcht haben kann, läßt schon tief blicken.

Der Zentralverband der christlichen Tabakarbeiter

hielt in Frankfurt a. M. vom 12. bis 14. April seine vierte Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht ist in der zweijährigen Berichtsperiode die Mitgliederzahl von 2179 am 1. Januar 1905 auf 7638 (darunter 3040 weibliche) am 31. Dez. 1906, somit um 5459, gestiegen. Die Einnahmen des Verbandes betragen in der Berichtsperiode 72 065 Mk., die Ausgaben 70 344 Mk. Veranschlagt wurden u. a.: an Streit- und Gemahregelunterstützung 33 600 Mk., sonstigen Unterstützungen 1366 Mk., Verbandsorgan 6147 Mk., Agitation 7957 Mk. usw. Der Verband beteiligte sich im letzten Jahre an der in Berlin veranstalteten Heimarbeit-Ausstellung. An der Besserstellung seiner Mitglieder hat der Verband insbesondere im letzten Jahre erfolgreich gewirkt. In 78 Orten und 146 Betrieben war der Verband mit 3440 Mitgliedern an Lohnbewegungen und Kämpfen verwickelt, die meist für die Arbeiter erfolgreich verliefen. Die Generalversammlung nahm eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungsweises vor. Der seitherige Wochenbeitrag von 20 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder hat sich zur Durchführung der Aufgaben des Verbandes als unzulänglich erwiesen. Es wurde die Einführung von Staffelnbeiträgen von 15 Pfg. wöchentlich für jugendliche bis zu 60 Pfg. für erwachsene männliche Arbeiter beschloffen. Für die höheren Beitragsklassen wurde die Erwerblosent- und Erhaltung eingestrichelt. Die seitherige Prämien- und Jubiläumskasse des Verbandes wurde aufgelöst, dafür aber eine besondere freiwillige Beitragsklasse im Verbands eingeführt, durch die sich die seitherigen Mitglieder der Krankengeldkassen wie auch sonstige Mitglieder des Verbandes in kranken Tagen einen Zuschuß sichern können. Zu dem dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit nahm die Generalversammlung Stellung. Der Gesetzentwurf, insbesondere der § 4, der die Herstellung von Zigarren in Schlafräumen verbietet, wurde als Fortschritt begrüßt, doch ist die Generalversammlung der Meinung, daß nur durch ein völliges Verbot der Heimarbeit in der Zigarettenindustrie die Interessen der Produzenten und Konsumenten ausreichend gewahrt werden können. Der seitherige Vorsitzende des Verbandes, Sammann-Mees, wurde wiedergewählt; an der Generalfest des Verbandes wird ein weiterer Beamter angestellt.

Versammlungs-Kalender.

- Bamberg, 26. Mai, Ausflug über die Frießenerwarte nach Frankendorf, Stakendorf zc. Abfahrt bis Strudenbrunn früh 7,20 Uhr.
- Borcht. (Arbeitervertreterverein.) 5. Juni, 8 1/2 Uhr bei Franz Jümpf.
- Cottbus, 1. Juni, 8 Uhr, bei A. Döring (kleiner Saal, Gochfeld).
- 24. Mai, 8 1/2 Uhr, im Arbeitervereinshaus Gochfelden.
- 26. Mai, 4 Uhr, bei Rosen, öffentl. Beil. Derkslag.
- 26. Mai, 5 Uhr, bei Julius Dorley, öffentliche Arbeiterversammlung.
- Delmenhorst, 26. Mai, 7 Uhr, bei H. Kollage.
- Emsbeld, 26. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Hertrath, Molybdän.
- Emsbeld. 26. Mai, 11 1/2 Uhr, bei Wro. Raumann, Vertretersammlerversammlung.
- Gautzsch, 26. Mai, 11 Uhr, bei Wro. Peter Müsch, Generalversammlung.
- Gießen, 26. Mai, 11 1/2 Uhr, bei Wro. Wittinghoff.
- Glauchau, 1. Juni, 9 Uhr, im Meisterhaus.
- Hermges-Dahl, 2. Juni, 5 1/2 Uhr, bei Wils. Gottschall.
- Hinsbeck, 26. Mai, 6 Uhr, bei Wro. Max Gahnen.
- Krefeld, 27. Mai, 1/2 Uhr, in der Reichshalle.
- Landesamt i. Schl. 3. Juni, 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Kronprinz“.
- Melsau, 26. Mai, 5 Uhr, bei Felix Kamp, öffentl. Beil.
- Mühlhausen i. E. 27. Mai, 8 1/2 Uhr, in der Eitelkirche.
- Mühlhausen i. E. Unsere Versammlungen finden am ersten Samstag eines jeden Monats im „Kronprinzen“, Egelsteinstr. 15, statt. Nächste Versammlung 1. Juni.
- Mühlhauensbergstr. 6. Juni, 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus Neersen.
- 26. Mai, 9 Uhr, bei Peter Bürger, Krefeldstr.
- Neuenkirchen. 26. Mai, 5 Uhr, bei Clemens Kuhn, öffentliche Versammlung.
- Neuh. 26. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Hemmerden.
- Nordhorn, 26. Mai, 1/2 Uhr, in der Arbeiterhalle.
- Ostrei. 26. Mai, 4 Uhr, im „Weissen Hof“, öffentliche Gewerkschaftsversammlung.
- Rheylt, 26. Mai, 11 Uhr, bei Alb. Paffen, Oberkirchenerstr. 35, Generalversammlung.
- Sommerfeld, 26. Mai, 8 Uhr, bei Erkel, Weichselstr.
- Seidenort, 25. Mai, 9 Uhr, bei August Weichenau.
- Wierzen. 26. Mai, 11 Uhr, bei Reissbach, Generalbeil.
- Jahresbericht, Rechnungsablage, Kommissionenbeil.
- Waldbanfer. 9. Juni, 2 Uhr, bei Wro. Lemnar, Arbeiterinnenversammlung.
- Wasserberg, 30. Mai, 5 1/2 Uhr, bei Wro. H. Schmitz, Generalversammlung.

Hils. Donnerstag, 30. Mai 1907, abends 7 Uhr, bei Joh. Pils, außerordentliche General-Versammlung des Gewerkschafts-Konjunktions-Vereins „Eintracht“. T. D.: 1) Geschäftsbericht, 2) eventl. Anstellung eines zweiten Verkäufers, 3) Besprechung über Kasse, 4) Entgegennahme von Anträgen. Anträge zu dieser Versammlung müssen bis zum 28. d. Mts. eingereicht sein.
Der Aufführer:
J. A. S. Feutges.

Werden. Außerordentliche Generalversammlung des Konjunktions-Vereins für Werden und Umgebung, e. G. m. b. H. Am Sonntag, den 2. Juni, nach mittags 3 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Wils. Eidelmann in Werden. T. D.: 1) Quartalsbericht, 2) Entgegennahme des Geschäftsberichts, 3) Vortrag über Einführung der Besche-Unterstützung, 4) Vortrag über das Vertrauensmännertum, 5) Beschiedenes. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.
Der Aufführer:
J. A. Ehenbor Krebber.

Adressenänderung.
Den Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppen des Biesener, Rhein-, Wehra- und Murgtales ist bekannt, daß meine Adresse vom 1. Juni ab auf weiteres wie folgt lautet: Erhard Rieker, Maulburg i. B. (Baden).

Ortsgruppe M.-Glabbad.
Donnerstag (Fronleichnamstag), den 30. Mai 1907, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale von W. Wils. in M.-Glabbad, Aufw. 1. eine Konferenz sämtlicher Sektionsvorstände und Vertrauensmänner statt. Hierzu ladet freundlich und dringend ein
J. B. J. Senßen, Geschäftsführer.